

31500 IV G. 18

Arbeiter-Zeitung

31500

Freitag, 2. Januar 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nr. 1

Erhebt sich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Abentlich 48 Pf., + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 1,80 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,30 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch den Postbezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Die abendliche Wilmmerzeile ober deren Raum 12 Pf., Besondere und Besondereanzeigen 6 Pf. Besonderepreis: Die dreispaltige Wilmmerzeile ober deren Raum im Wert 10 Pf. — Schluss der Anzeigenannahme in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 19 Uhr.

für Schlessien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Leobnitzer Straße 50, 2. o. l. o. Tel. 460 89. Postfach 10. Telephon 460 89. Geschäftsstelle: Breslau 10, Leobnitzer Straße 50, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr, Samstag von 12-13 Uhr. Geschäftsstelle: Berlin, Unter den Eichen 10, 1. o. l. o. Tel. 23 84. Geschäftsstelle: Berlin, Unter den Eichen 10, 1. o. l. o. Tel. 23 84. Geschäftsstelle: Berlin, Unter den Eichen 10, 1. o. l. o. Tel. 23 84. Geschäftsstelle: Berlin, Unter den Eichen 10, 1. o. l. o. Tel. 23 84.

Achtung, Bergarbeiter!

Streitalarm Ruhr - Ober- und Niederschlesien

300 000 Berglumpels im Ruhrgebiet heute gekündigt / Die Gewerkschaftsvertreter haben 4 Prozent Lohnraub vorgeschlagen und wollen sich mit dem Schlichter auf 6 bis 7 Prozent einigen

Es lebe der Streit aller Bergarbeiter!

Die bürgerliche Presse macht aufsehenerregende Mitteilungen über ein wahres Kon-plot der Bechenherren und der Regierung und der Gewerkschaftsbürokratie, die die ganze Gefahr zeigen, die den Ruhrbergarbeitern droht. Der Bechenverband ist nämlich jetzt offen mit der Sprache herausgekommen und hat die Vertreter verschiedener bürgerlicher Zeitungen über die Abmachungen mit der Brüning-Regierung informiert. So berichtet die „Völkische Zeitung“ in ihrer Morgenausgabe vom 31. Dezember über die Verhandlungen im Ruhrbergbau und schreibt dazu:

„Es ist davon zu erinnern, daß die Bergbauindustrie ein Akzept der Reichsregierung in der Hand hat, das ihr nach unumwundener Zustimmung als Entgelt für die Kohlenpreissenkung ab 1. Dezember einen rund achtprozentigen Abbau der Löhne verbürgt. Von der Senkung der Arbeitslöhne macht die einschlägige Industrie den weiteren Preisabbau abhängig. Die Reichsregierung hat die Zustimmung der Reichsregierung aber in die Hand genommen, die die Aufrechterhaltung der Kohlenpreissenkung von der tatsächlichen Einlösung des vorerwähnten Akzeptes ausdrücklich abhängig gemacht.“

Also die von der SPD. geführte Brüning-Regierung hat den Bechenherren versprochen, einen mindestens achtprozentigen Lohnabbau durchzusetzen. Die „Völkische Zeitung“ sagt weiter, daß die Reichsregierung eine feste Zulage gegeben habe, eine rund Sprozentige Lohnsenkung „durch Verbindlichkeitsklärung in Kraft zu setzen“.

Es ist klar, daß die Gewerkschaftsbürokratie nicht sofort dem achtprozentigen Lohnraub zustimmen konnte. Aber die „Völkische Zeitung“, wie auch die „Berliner Börsenzeitung“, berichten übereinstimmend, daß sich die Gewerkschaftsbürokratie bei den Verhandlungen bereits mit einem Lohnabbau von 4 Prozent einverstanden erklärt hat. Es ist sogar möglich, daß die Gewerkschaftsbürokratie bereits schon weiter gegangen ist. Auf alle Fälle wird bei dem jetzt einschendenden Wandel die Gewerkschaftsbürokratie ihr Möglichstes tun, um den abgeschlossenen Pakt zu erfüllen. Schon meldet die SPD.-Presse, daß voraussichtlich am 7. Januar die Verhandlungen unter Vorsitz des Schlichters Brahn weitergehen sollen. Die Regierung ist auch entschlossen, wenn nötig, einen Schlichterspruch zu fällen und für verbindlich zu erklären. Selbst jetzt, nachdem die Bechenherren die Kündigung der Belegschaften heute zum 15. Januar ausgeschrieben haben, sagt die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie keinerlei Kampfmaßnahmen ins Auge, ihre einzige Tätigkeit ist die Hege gegen die Kommunisten und gegen die unter Führung der KPD. zum Kampf drängenden Bergarbeiter.

Oberschlesische Bergarbeiter!

Die für den 5. Januar angelegten Lohnraubverhandlungen zwischen Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie unter Vorsitz des staatlichen Lohnraubers werden, da der Lohnraub im Ruhrbergbau noch nicht perfekt ist, voraussichtlich verschoben, und zwar bis zu dem

Zeitpunkt, wo ein Schlichterspruch für die Ruhrbergarbeiter vorliegt. Es dürfte jetzt wohl im ober-schlesischen Kohlenrevier keinen Stempel mehr geben, der noch die Hoffnung hat, daß mit Hilfe der Gewerkschaften ein Lohnraub abgewehrt werden könne. Die bürgerliche und reformistische Gewerkschaftsbürokratie haben im Ruhrgebiet, wie oben erwähnt, einen vierprozentigen Lohnabbau vorgeschlagen. Der zu erwartende Schlichterspruch wird einen größeren Lohnabbau festlegen, und die Gewerkschaftsbürokratie wird nach seiner Verbindlichkeitsklärung durch die faschistische Regierung Brüning diesen gleichfalls schlucken. In derselben Linie soll anschließend der Lohnraub gegen die ober-schlesischen Bergarbeiter durchgesetzt werden.

Niederschlesische Bergarbeiter!

Eure Ausbeuter haben den Lohn zum 1. Januar gekündigt. Ihre Lohnraubforderungen haben sie aus tottischen Gründen noch nicht ausgegeben. Euer Hunger soll gleichfalls mit Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie und mit Hilfe des Schlichterspruchs noch weiter abgebaut werden. Ihr sollt in der Lohnrauboffensive hinter euren ober-schlesischen Kameraden an die Reihe kommen.

Die kämpfende Einheitsfront

Ruhr-Oberschlesien-Niederschlesien gilt es jetzt zu schaffen. Nur diese allein ist in der Lage, den Lohnraub abzuwehren. Kameraden in Ober- und Niederschlesien, steigert eure Streikbereitschaft! In Massen hinein in die KPD! Keine Schwächanlage ohne Kampfausbruch! Stampft die Betriebswehren gegen Unternehmertum und Polizeiterror aus dem Boden! Folgt den Parolen der KPD. und eurer gewählten Kampfleitungen! Es bleibt bei höchster Alarmbereitschaft!

Lohnabbau-Offensive in der Textilindustrie

Die Unternehmer der bayrischen Textilindustrie haben die Lohnraube zum 10. Januar 1931 gekündigt. Sie verlangen einen Abbau der Löhne. Von diesem Lohnabbau sind 55 000 bis 60 000 Arbeiter bedroht.

Der Lohnraub der schlesischen und ober-schlesischen Textilarbeiter läuft bis Ende März. Da die Unternehmer seinen Ablauf abwarten oder schon eher den Versuch unternehmen werden, die Löhne abzubauen, steht noch nicht endgültig fest. Es ist jedoch sicher, daß auch die schlesischen Textilarbeiter einen Lohnabbau hinnehmen werden müssen, wenn sie nicht rechtzeitig den Abwehrkampf organisieren. Deshalb gilt schon jetzt, in den Betrieben die Kollegen aufzurütteln, vorbereitende Kampfausschüsse zu wählen, um

Nieder mit den Lohnräubern in den Unternehmer- und Gewerkschaftsbüros! Es lebe der Streit der Bergarbeiter von Ruhr, Ober- und Niederschlesien!

Der Kampf der Bergarbeiter muß von allen unterstützt werden. Es muß der herrschenden Klasse und ihren Lakaien einmal gezeigt werden, daß in der deutschen Arbeiterklasse der Gedanke der proletarischen Solidarität lebendig ist, und daß sie wie ein Mann diejenigen unterstützt, denen die kapitalistische Faschische das Raubrecht zum Leben rauben wollen. Die beste Unterstützung der Bergarbeiter ist aber die, wenn alle Arbeiterschichten, die jetzt vom Lohnraub bedroht sind, selbst zur Waffe des Streiks gegen die Lohnräuber greifen.

Ein Rauburteil des Schwurgerichts in Wien

Peisermisch, 2. Januar. Die Vorfälle anlässlich des Nazifiberalles im August vergangenen Jahres auf das rote Peisermisch nahmen die Klassenjustiz zum Anlaß, um gegen den Steinseher Richard Proste ein Verfahren wegen „schweren Landfriedensbruchs“, „Ehrverlebens gegen die Staatsgewalt“ und „Mißhandlung“ einzuleiten. Der Staatsanwalt beantragte ohne große Begründung ein Jahr Gefängnis. Das Gericht erkannte auf acht Monate. Das ist die achte Verurteilung (!) in dem Landfriedensbruchsprozeß. Unter den Verurteilten befindet sich kein einziger Nationalsozialist. Diese wurden lediglich als Zeugen vernommen und mit Händedruck empfangen. Zum Sachverhalt selbst sei festgestellt, daß der Kollege Proste an den Tatort gekommen war, als die Schlägerei bereits beendet war. Trotzdem wurde den Angaben des Landjägers mehr geglaubt als denen der Arbeiter. Selbstverständlich wird Proste gegen das Urteil Berufung einlegen.

Thälmann-Flugblatt beschlagnahmt

Breslau, 2. Januar. Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei erhielt von der Staatsanwaltschaft eine Mitteilung, wonach das bekannte Flugblatt mit dem Artikel des Genossen Ernst Thälmann beschlagnahmt sei. Es handelt sich um das Flugblatt bzw. den Artikel, dessen Schlußsätze bei seiner Veröffentlichung in der „Roten Fahne“ von der Staatsanwaltschaft beanstandet wurden. In dem Flugblatt selbst wurden die von der Staatsanwaltschaft beanstandeten Schlußsätze fortgelassen und dafür der Beschluß des Amtsgerichts Berlin veröffentlicht. Die Bemühungen der Breslauer Polizei, einige Exemplare des Flugblattes zu finden, waren vergebens. Es ist anzunehmen, daß die Polizei in den anderen Orten Schlesiens und Oberschlesiens ebenfalls nach dem Flugblatt suchen wird. Wir können ihr schon jetzt verraten, daß dieses Suchen unnütz sein wird, weil unsere Genossen die erhaltenen Flugblätter nicht wochenlang zu Hause liegen lassen, sondern sofort verteilen.

Erfurter Metallarbeiter beschließen Streik

In Thüringen ist ein sechsprozentiger Lohnraubentscheidungsfall, dessen Erklärungsschrift am 20. Dezember abließ. Die Belegschaft der Firma Peilz & Co. wandte sich in einer Betriebsversammlung mit aller Schärfe gegen den Lohnraub und beschloß, eine Urabstimmung für oder gegen den Streik durchzuführen. Von 313 abstimmanden Metallarbeitern stimmten 282 für die Aufnahme des Streiks gegen jeden Pfennig Lohnabbau, 31 waren dagegen und 30 üben Stimmenthaltung. Nach der Abstimmung der Belegschaft ist damit zu rechnen, daß die zweite Schicht in derselben Weise mit überwiegender Mehrheit den Streik beschließen wird.

Aufhebung des Demonstrationsverbots in Oberschlesien wegen der Reise des Diktatoranzlers

in Oberschlesien wegen der Reise des Diktatoranzlers

Oppeln. Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: Mit Rücksicht auf die von der ober-schlesischen Bevölkerung bewiesene musterhafte Disziplin, die nicht genug anerkannt werden kann, erscheint die Aufrechterhaltung des von dem Herrn Regierungspräsidenten am 1. Dezember 1930 erlassenen Versammlungsverbotes nicht erforderlich. Das Verbot ist daher mit Wirkung vom 2. Januar 1931 aufgehoben; dabei wird erwartet, daß die Bevölkerung auch in Zukunft alles unterläßt, was eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten würde. Sonst dürfte das Verbot wieder erlassen werden.

Warum Aufhebung des kleinen Belagerungszustandes? Weil in den nächsten Tagen der Diktatoranzler Brüning mit dem Stahlhelm-Minister Treutmann und anderen „hohen Herren“ nach Ober-

schlesien kommt, um die „Nöte“ im Osten selbst in Augenschein zu nehmen. Weil diese Reise eine nationalfaschistische Demonstration aller Chaudanisten von den Nazis bis zur SPD. werden soll, deswegen erfolgte die Aufhebung. Die faschistischen Wehverbände, das Reichsbanner usw. sollen aufmarschieren und Spalier bilden. Die Schul-kinder werden höchstwahrscheinlich gleichfalls auf die Straße zum Empfang geschleppt werden. Nach dieser nationalfaschistischen Kundgebung wird der Brüningtschicht Lulawitz wieder nach einem Anlaß suchen, um erneut ein Verbot zu verhängen. Die revolutionäre Arbeiterschicht schert sich einen Teufel um solche Verbote. Sie wird auch in der Zukunft trotz Verbots gegen die faschistische Diktatur, für Arbeit und Brot demonstrieren.

69 Tote mahnen den Kampf

Severings Polizeifugeln treffen nur Proletarier — Das Proletariat wird seine Toten rächen

Wir ziehen die Bilanz des Jahres 1930. 69 revolutionäre Proletarier im Massenamt gefallen. 35 durch Faschisten ermordet, 34 von der Polizei sozialdemokratischer Minister und Polizeipräsidenten, nationalsozialistischer und bürgerlicher Polizeiherrn und von der bürgerlichen Klassenjustiz getötet.

Wir stellen eine Tatsache gegenüber. Nicht ein einziger Nationalsozialist oder Stahlhelmmer wurde trotz der zahlreichen Blutverbrechen der deutschen Faschisten von der Polizei getötet.

Diese Gegenüberstellung zeigt den politischen Sinn der Opfer, die das revolutionäre Proletariat im vergangenen Jahre auf sich nehmen mußte. Faschistischer Terror und Polizeimorden sind zwei Erscheinungen derselben Macht, die 1930 gegen das deutsche Proletariat getobt hat. Faschistische Mörder und schießende Polizei dienten dem gleichen politischen Ziel der Niederschlagung des revolutionären Proletariats zur Errichtung der faschistischen Diktatur.

69 Tote mahnen.

Vor einigen Tagen schrieb das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“:

„Die Kommunisten führen gerade jetzt ihre Anhänger durch die Straßen aller Städte spazieren. Sie halten bei Tag und Nacht Versammlungen unter freiem Himmel ab. Die Polizei Severings steht daneben und pökt auf, daß sie in ihrer Versammlungsfreiheit nicht gekränkt werden.“

69 Tote. Ermordet von Faschisten, erschossen und niedergeschlagen von der Polizei Severings, über 1300 proletarische politische Gefangenene, die gegen diese zynische Verleumdung des sozialdemokratischen Zentralorgans.

Sollen wir darüber die Polizei Severings nicht daneben stand, um die Demonstrationen zu verhindern?

Wir rufen nicht, sondern zeigen die Tatsache auf, daß die Polizeimörder die Faschisten nicht.

Wir klagen und jammern nicht, das wäre nicht im Sinne der Märtyrer des deutschen Proletariats gehandelt.

Mag nach der Polizei rufen, wer sich schwach und machtlos fühlt. Wir sind die größte Macht der Weltgeschichte, das revolutionäre Proletariat. Und sie, die Millionenmassen der Hungernden und Aus-

gebeuteten, sie rufen wir auf, den faschistischen Mord zu verhindern, den Tod unserer Besten zu rächen.

Wir klagen nicht. Wir klagen an und wissen, daß das Tribunal des werktätigen Volkes keines der Verbrechen vergessen und ungerächt lassen wird.

1930: Gefallen für die Sache des Proletariats

Durch Faschisten ermordet: 35

Walter Neumann, erschossen, Berlin	1. 1. 30
Albert Kuhow, erschossen, Röntgenal	5. 3. 30
Erich Schuhmann, erschossen, Berlin	16. 5. 30
Albert Solenowski, erstochen, Berlin	16. 5. 30
Walter Heimbürger, erstochen, Berlin	16. 5. 30
Hermann Breier, erschossen, Hürth b. Köln	16. 5. 30
Genosse Lange, erschossen, Duisburg	18. 5. 30
Hahnebach, erschossen, Pirmasens	25. 5. 30
Genosse Jopp, erstochen, Fürstenwalde	27. 5. 30
Hans Trompeter, erschlagen, Unna i. W.	31. 5. 30
Reichsbannermann Kückelhahn, erstoch., Wolfenbüttel	7. 6. 30
Hans Karsten, erschossen, Berlin	14. 6. 30
Genosse Gerschler, erstochen, Glauchau	15. 6. 30
Johann Franke, erschlagen, Leipzig	16. 6. 30
Karl Jordan, erschossen, Linden (Hannover)	16. 6. 30
Franz Rasek, erschossen, Pankow	28. 6. 30
Franz Masakowitz, erstochen, Kreuzberg	14. 7. 30
Arbeiterportier Müller, erstochen, Koblenz	18. 7. 30
Der Bauer Josef Saaber, erdolcht, Werno (Ruhr)	3. 8. 30
Eduard Siedler, erschlagen, Gr.-Heydekrug	16. 8. 30
SPD-Arbeiter Kropf, erstochen, Bransche	3. 9. 30
Arbeiter Classen, erschossen, Köln	4. 9. 30
Arbeiter Loleit, erstochen, Berlin	7. 9. 30
Reichswehresoldat Walter Krause, erschlagen, Schweidnitz	14. 9. 30
Arbeiter Krasszyk, erstochen, Hindenburg	8. 10. 30
Arbeiter Breitenbach, erschossen, Frankfurt	20. 10. 30
Arbeiter Erich Szachlow, erstochen, Dortmund	24. 10. 30
Arbeiter Hermann Weißhaupt, erstochen, Zuffenhausen	20. 11. 30
Arbeiter Viktor Broja, erschossen, Hindenburg	21. 11. 30
Kurt Adolf Hummer, erschossen, Plauen i. V.	29. 11. 30
Martin Hermann Groh, erschossen, Plauen i. V.	29. 11. 30
Herbert Staudt (15 Jahre!), durch Reichsbanner erschossen, Hamburg	5. 12. 30
Arbeiter	8. 12. 30
Arbeiter	14. 12. 30

Von der Polizei getötet: 34

Kobitsch-Meyer (durch Strafvollzug ermordet)	1. 1. 30
Arbeiter W. (16 Jahre), erschossen in Worms	14. 1. 30
Johannes Görschler, erschossen, Chemnitz	15. 1. 30
Richard Hänze, erschossen, Freiberg	15. 1. 30
Kurt Thomas, erschossen, Röhrsdorf	15. 1. 30
Bruno Freitag, erschossen, Chemnitz	15. 1. 30
Walter Gröger, erschossen, Dresden	15. 1. 30
Karl Winterstein, erschossen, Lübeck	17. 1. 30
Jungarbeiter Walter Sell (16 Jahre), erschossen, Hamburg	31. 1. 30
Genosse Frischmann, erschossen, Berlin	6. 3. 30
Genosse Karkowski, erschossen, Berlin	6. 3. 30
Maurer Peschke, erschossen, Berlin	6. 3. 30
Karl Fröhder, erschossen, Ammendorf (Halle)	6. 3. 30
Paul Orlik, erschossen, Döllnitz	6. 3. 30
Paul Kießling, Journalist, mit Gummiknüppel erschlagen, Dresden	20. 3. 30
Brillert, Landarbeiter, ins Wasser gejagt, Danzig	3. 4. 30
Otto Dyba, erschossen, Leipzig, Osterjudentag, Berlin	20. 4. 30
Gustav Zahnke, erschossen, Leipzig, Osterjudentag	21. 4. 30
Erich Kliche, erschossen, Ketzin a. d. H.	27. 5. 30
Ernst Lilienthal, erschossen, Hamburg	16. 6. 30
Lothar Godzikowski, beim Baden erschossen, Berlin	26. 6. 30
Paul Hahner, erschossen, Buzak	23. 8. 30
Reinhold Schirmer, erschossen, Buzak	23. 8. 30
Ein kleiner Geschäftsmann, erschossen, Buzak	27. 8. 30
Jungarbeiter Fischer, erschossen, Buzak	27. 8. 30
Julius Mühlig, erschossen, Hildesheim	27. 8. 30
Wilhelm Schwab, erschossen, Hildesheim	27. 8. 30
Alfred Taube, erschossen, Zwenkau	27. 8. 30
Bruno Cymborowski, Dreher, erschossen, Zwenkau	27. 8. 30
Arno Kießling, Arbeiter, erschossen, Zwenkau	27. 8. 30
Der Bäcker E., erschossen, Hamburg	27. 8. 30
Arbeiter Altmann, Berlin	27. 8. 30
Philipp Schroer, Sperbach in Mannheim, durch Strafvollzug getötet	27. 8. 30
Arbeiter Radowsky, Salzwedel	27. 8. 30

Die Arbeiter der rheinisch-westfälischen Gemeinden

Das Ziel ist Lohnabbau

Der Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen Gemeinden hat die Lohnsätze für die Gemeinbediensteten bei den kommunalen Straßenbahnen, im Kraftverkehr sowie für das Haus- und Kleingewerbe der kommunalen Krankenhäuser zum 1. Februar 31 gekündigt.

Schaltabkommen in der Porzellanindustrie gekündigt

Am 1. Dezember. Der Verband Deutscher Porzellanfabriken hat die Schaltabkommen mit den Arbeiterverbänden gekündigt.

Der humane Strafvollzugsarzt

Von Erich Weinert

„Herr Medizinalrat werden gebeten — Herr Oberleutnant fühlt sich nicht recht!“
„Na, der werden wir der Sache man näher treten!“
Morgen, Herr Oberleutnant! Geh'n Sie hin! Schleicht geschlafen? Kopfschmerz und Fieber?
Machen Sie keine Geschichten, mein Lieber! Wie ist denn der Puls? — Geh't ein bißchen matt!
Ja, Herr Oberleutnant, ich bin der Meinung: Typische Postpneumonieerkrankung! — Inspektor, wo ist denn das Krankenblatt?
Schreiben Sie mal: Sautiarbe sehr blaß. Verdauungsstörung in schlechter Verfassung. Notwendig sofortiger Straferlaß bzw. vorläufige Haftentlassung. —
Na, mein lieber Oberleutnant, nur keine Sorgen! Die Sache dauert höchstens bis übermorgen. Uebrigens, ich entsinne mich da eben —
Sie haben doch noch ein Verfahren schweben?
Alja, Inspektor, schreiben Sie mal daneben, daß der Patient auf unbestimmte Zeit auch völlig verhandlungsunfähig ist!“

„Herr Medizinalrat, — der Kommunist auf Zelle — Der schreit immer seit gestern nacht!“
„Ach, das ist ja der Simulant!“
Der ist doch schon lange dafür bekannt! Kommen Sie mal mit rein! —
Was bezwecken Sie eigentlich mit Ihrem Schreien?
Was haben Sie denn? Steden Sie mal die Junge raus!
Wenig, Sie seh'n doch wie's blühende Leben aus!
Schmerzen haben Sie? Lassen Sie das Stöhnen!
Der Mensch kann sich an alles gewöhnen! —
Der Mann kriegt Niguns und Aspirin; da werden sich schon die Schmerzen verziehn!
Inspektor, schreiben Sie mal Besund: Lunge, Herz und Leber völlig gesund! Ernährungszustand und Aussehen normal. Klage über leichte Verdauungsbeschwerden. —
Alja nun machen Sie nicht wieder Stand! Ich hoffe, nicht wieder belästigt zu werden!“

Der Oberleutnant zog ins Hotel; und da erholte er sich anständig schnell. — Der Kommunist wurde nach einigen Stunden wieder in seiner Zelle gefangen. Dem Medizinalrat war es natürlich klar, daß das bei diesen Simulanten eine von den bekanntesten kommunikativen Reaktionen war!

Die Verantwortlichkeit der Grubendirektion bewiesen

Breslau, 2. Januar. Die bürgerliche Presse verbreitet einen Bericht über die Sitzung der Grubenrichterkommission für den preußischen Bergbau, die sich u. a. mit der Grubenkatastrophe auf dem Kurtschacht der Bergwerksgrube beschäftigte. Die „Schlesische Zeitung“, die keinesfalls im Verdacht steht, arbeiterfreundlich gesinnt zu sein, schreibt über die Feststellungen der Kommission:

„Dem Vorsitzenden der Kommission, Ministerialrat Kother, wurde an Hand von Schichtlinien nochmals eine Darstellung des Unglücks auf der Benzelsausgrube gegeben und auf die Notwendigkeit der bereits eingeführten strengen Vorbeugungsmaßnahmen gegen Kohlenjäureeinbrüche hingewiesen. Leider seien diese Maßnahmen auf die Wirtschaftlichkeit von solchem Einfluß, daß die Stilllegung der Grube zu befürchten sei, was in Anbetracht unserer Gesamtwirtschaft, und auch der dortigen Arbeiterschaft, gemiß nicht erwünscht wäre. Bezgrat Werne brachte zum Ausdruck, daß das Unglück wahrscheinlich nicht passiert wäre, wenn zur richtigen Zeit geschossen worden wäre. Von einem Vertreter der Ausgrube bei Wenzob, die auch unter Kohlenjäureeinbrüchen zu leiden hat, wurde diese Auffassung Werne unterstrichen, indem er auf den Brauch auf der Ausgrube sowie in Frankreich und Belgien hinwies, wo die Kohle in den gefährlichen Flözen nur durch Schießen,

und zwar durch leichte Schüsse, gewonnen würde. Seitdem dieses Verfahren angewendet werde, habe man keine schweren Einbrüche mehr gehabt.“

Sofort nach der Grubenkatastrophe haben wir in den Spalten unserer Zeitung die Tatsache festgestellt, daß an dem furchtbaren Unglück nur die Profitgier der Unternehmer schuld ist, die sie zur Außerachtlassung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen veranlaßt. Insbesondere haben wir festgestellt, daß die bergpolizeilich vorgeschriebenen Erschütterungsschüsse nicht auf der ganzen Länge der Kohlenfelder abgegeben wurden. So war die Kohle bei ihrer Gewinnung mit Hilfe der Schrämmachine nicht schon im voraus erschüttert und demzufolge nicht von der Kohlenjäure befreit. Das und nichts anderes war die Hauptursache des Unglücks. Der Bericht über die Verhandlungen der Grubenrichterkommission bestätigt, daß unsere Forderungen gemachten Feststellungen durchaus den Tatsachen entsprechen. Wir halten nach wie vor an der Forderung fest, die die Bergarbeiter und mit ihnen die kommunistische Fraktion im preußischen Landtage aufstellen: Ins Zuchthaus mit den Schuldigen an dem Mord der 151 Bergarbeiter!

Die indischen Reformisten sabotieren den Befreiungskampf

Stambul, 31. Dezember. Die indischen Nationalisten und Gewerkschaftsbürokraten machen die größten Anstrengungen, um den Beschluß der Exekutive des Allindischen Gewerkschaftskongresses über die Notwendigkeit der Auslösung des Generalstreiks zunichte zu machen. Die Reformisten bemühen sich insbesondere, die Eisenbahner von der Streikproklamation zurückzuhalten. Bezeichnend ist eine Deklaration eines Mitgliedes des Nationalkongresses und gleichzeitig Schülers Gandhis, Djamnad-Rao, der den Völkern eines der führenden des Arbeiter- und Angeestelltenverbandes an der Eisenbahnlinie Bombay-Baroda und Zentralindiens bescheidet.

Rao erklärt in dieser Deklaration: „Der Generalstreik läuft den Interessen der Arbeiterklasse zuwider, und der Gebante an einen Generalstreik müßte daher für viele Jahre ausgegeben werden.“ Bereits am 3. Dezember unterrichtete die Londoner „Times“ diese gegen-

die „ultrabildalen Aktionen wie Generalstreik“ gerichteten Erklärungen Metas und stellten bei dieser Gelegenheit fest, daß der kommunistische Einfluß in den verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen Indiens im Wachsen begriffen sei.

Diese Meldung der „Times“ zeigt, daß die Organe der englischen Arbeiterbewegung bereits am 3. Dezember über den Kampf, der in der indischen Arbeiterbewegung um die Frage der Vorbereitung des Generalstreiks entbrannt, gut unterrichtet waren. Somit ist es nur auf die hemmungslose Antikommunistische Zurückzuführen, daß die Organe der Londoner Konservativen ganz plötzlich über die „verdächtige Informiertheit Moskows“ allerlei Andeutungen machten. Bei diesen Auslassungen nehmen die Organe der Diehards Bezug auf die Berichte, die die Moskauer Blätter am 9. Dezember über diese Frage brachten.

Das entscheidende Siegesjahr des Sozialismus

Der stählerne Marxismus siegt in der Sowjetunion / Von Heinz Neumann

Das Jahr 1931 bringt die endgültige Entscheidung über die Durchführung des großen Fünfjahresplanes der Sowjetunion. Die beiden ersten Jahre des Planes sind bereits verfloßen. Zwei Jahre bleiben noch bis zur Verwirklichung des Parteitagbeschlusses: „den Fünfjahresplan nicht in fünf, sondern bereits in vier Jahren durchzuführen“. Wir stehen an einem weltgeschichtlichen Wendepunkt, an einem tiefen Einschnitt in der Entwicklung des sozialistischen Aufbaues. Es ist an der Zeit, die Bilanz aus der bereits abgeschlossenen ersten Hälfte des Fünfjahresplanes zu ziehen und die Aussichten der zweiten, vor uns liegenden Hälfte zu beleuchten.

Die ganze Welt, die arbeitenden Massen aller Länder, die Regierungen aller kapitalistischen Staaten verfolgen mit brennender Aufmerksamkeit das Gelingen des Fünfjahresplanes. Die Augen von Millionen und aber Millionen wertvoller Menschen sind auf die Sowjetunion gerichtet. Immer klarer wird die Tatsache, daß sich der Sozialismus in der Sowjetunion stetig Bahn bricht. Die Verwirklichung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die im Dezember unter Teilnahme einer Delegation des Politbüros der KPD, stattfand, hat die Kontrollziffern für die Wirtschaft der proletarischen Diktatur im Jahre 1931 beschlossen. Diese Ziffern sind der Ausdruck so gigantischer Erfolge des sozialistischen Aufbaues, eines so riesenhaften Tempos der Durchführung des Fünfjahresplanes, daß selbst die kühnsten Erwartungen durch sie weit übertraffen werden.

Was bisher erreicht wurde

Betrachten wir kurz, was in den bisherigen zwei Jahren des großen Aufbauplanes erreicht wurde. Beginnen wir mit der Schwerindustrie. Der Fünfjahresplan sah für diesen Zeitraum die Produktion von 28 Millionen Tonnen Erdöl vor, in Wirklichkeit wurden 30,6 Millionen Tonnen gefördert.

Der Fünfjahresplan sah die Produktion von 9,9 Millionen Tonnen Stahl vor, in Wirklichkeit wurden 10,2 Millionen Tonnen hergestellt.

In der elektrotechnischen Industrie sollten Produkte im Werte von 588 Millionen Rubel hergestellt werden, in Wirklichkeit beträgt ihr Wert 781 Millionen Rubel.

Der landwirtschaftliche Maschinenbau sollte den Wert von 172 Millionen Rubel erreichen, in Wirklichkeit betrug die Produktion 515 Millionen Rubel.

In diesen wichtigsten Schlüsselindustrien wurden die Maßstäbe des Fünfjahresplanes also nicht nur vollständig erfüllt, sondern weit überholt.

Die Steigerung der Rohproduktion in der gesamten sozialistischen Industrie sollte in den Jahren 1929 und 1930 nach dem Fünfjahresplan 20 Prozent betragen. Sie betrug 25 Prozent!

Noch gewaltiger ist das Wachstum jenes Teils der Industrie, der die Produktion von Produktionsmitteln umfaßt. Der Fünfjahresplan sah für diesen entscheidenden Sektor der Gesamtindustrie eine Produktionserhöhung von 24 Prozent vor. Erreicht wurden allein im letzten Jahr 40 Prozent. Der Fünfjahresplan ist um volle 16 Prozent übersteigert!

In der Erdölproduktion wurde der Fünfjahresplan in den beiden letzten Jahren um 17,1 Prozent, in der Kohlenproduktion um 6,7 Prozent, in der Gußeisenproduktion um 12 Prozent, in der Maschinenbau- und Metallbearbeitungsindustrie um 26,3 Prozent, in der Elektroindustrie um 39 Prozent überflügelt. Insgesamt wurde in der gesamten Industrie während der letzten beiden Jahre das Vorkriegsniveau verdoppelt. Das ist ein Weltrekord, dem kein einziges kapitalistisches Land irgend etwas Ähnliches entgegenzustellen vermag.

Der Sozialismus hat die Brotfrage gelöst

Noch bedeutender sind die Erfolge in der Landwirtschaft. Die Anbaufläche ist allein im Jahre 1930 von 113 Millionen Hektar auf 127,7 Millionen Hektar gewachsen. Die Anbaufläche für Zuckerrüben ist um 11,1 Prozent, für Baumwolle um 23 Prozent höher als sie der Fünfjahresplan veranschlagte. Die Getreideernte betrug 1929 71,7 Millionen Tonnen, 1930 dagegen 88,5 Millionen Tonnen. Also eine Steigerung von 20,6 Prozent binnen Jahresfrist. Die durch den Markt ersetzten Getreidemengen waren im verfloßenen Jahre um 32,6 Prozent größer als nach den Planziffern. Das Getreideproblem, die Brotfrage ist auf Grund dieser Tatsachen für die Sowjetunion im wesentlichen gelöst.

Der großartige bolschewistische Sieg in der Getreideernte erklärt sich in erster Linie durch die grandiosen Erfolge der Kollektivierung. Am 1. Oktober 1930 waren mehr als 21,5 Prozent aller Bauernwirtschaften (unter Berücksichtigung aller landwirtschaftlichen Produktionszweige, einschließlich technischer Kulturen, Viehzucht, Fischfang, Forst- und Jagdwirtschaften) kollektiviert. Mehr als 5 Millionen Bauernwirtschaften sind von der individuellen Betriebsweise zu den kollektiven Wirtschaftsformen übergegangen. Im Jahre 1930 wurden 36 Millionen Hektar auf kollektive Weise bestellt, während der Fünfjahresplan für das letzte Jahr 20,6 Millionen Hektar vorgesehen hatte.

Ein entscheidendes Moment ist dabei die Tatsache, daß die Kollektivierung in den wichtigsten Getreideüberschußgebieten (Nordkaukasus, untere und mittlere Wolga, Ukraine) bereits 43,3 Prozent aller Wirtschaften erreicht hat. Dazu kommen die staatlichen Getreidefabriken (Sowjetgüter), deren Anbaufläche schon jetzt mehr als 8 Millionen Hektar beträgt. Im Jahre 1931 wird der gesamte vergesellschaftliche Sektor (Kollektivgüter und Sowjetgüter) mehr als 50 Prozent der Getreideproduktion erfassen. Wie geringfügig erscheint uns heute gegenüber dieser gigantischen Zahl der ursprüngliche Voranschlag des Fünfjahresplans, der für das letzte Jahr eine Kollektivierung von 43 Prozent vorsah.

Das Ergebnis der bisherigen zwei Jahre ist also folgendes: Alle Augen der Weltbourgeoisie, alle Gerüchte, Panikmeldungen und Verleumdungen der internationalen Sozialdemokratie über das Scheitern des Fünfjahresplans sind durch die Tatsachen

Welt in ihrer unsterblichen Wahrheit entlarvt. Die düsteren Prophezeiungen der Trozkisten und Bucharin-Anhänger, die feigen charakterlosen Kapitulationsforderungen der Spozos und Lominabls sind durch die Tatsachen der Praxis, durch das wirkliche Leben tausendfach widerlegt.

Die Durchführung des gesamten Fünfjahresplans binnen vier Jahren ist gesichert. Die Durchführung des Fünfjahresplans für die wichtigsten Industriezweige in drei bis dreieinhalb Jahren ist so gut wie sicher. Auf dem Gebiete der kollektiven Landwirtschaft sind die letzten, weitestgehenden Ziffern des Fünfjahresplans bereits heute erreicht und zum Teil weit überholt.

Ein Weltrekord: 45% in einem Jahr!

Auf der festen Grundlage dieses beispiellosen Sieges unserer bolschewistischen Generallinie werden die Maßstäbe für die bevorstehende zweite Hälfte des Planes noch höher gesteigert, wird das Tempo noch höher geschraubt, werden die Aufgaben noch weit über sich selbst hinaus gesteigert.

Die Gesamtproduktion der Staatsindustrie wird um 45 Prozent gegenüber dem Jahre 1930 gesteigert. Eine 45prozentige Produktionssteigerung der Industrie innerhalb eines Jahres! Übermalts ein Weltrekord, dem kein Industrieland der ganzen Erde irgend etwas gegenüberstellen kann! Ein nie dagewesener Triumph der sozialistischen Wirtschaft. In den letzten vier Jahren ist die Sowjetindustrie um 23,8 Prozent im Jahresdurchschnitt gewachsen. Die deutsche Industrie steigerte ihre Produktion in den letzten 18 Jahren um durchschnittlich 5 bis 7 Prozent. Die Industrie der Vereinigten Staaten im Vorkriegsdurchschnitt um 3 Prozent jährlich! Die Kontrollziffern für 1931 bedeuten, daß in diesem Jahre der gesamte Fünfjahresplan für die Industrie als Ganzes zu 79 Prozent, für die Hauptzweige der Schwerindustrie zu 98 Prozent erfüllt werden.

Für die Landwirtschaft bringt das Jahr 1931 eine Kollektivierung von nicht weniger als 80 Prozent aller Bauernwirtschaften in den entscheidenden Getreidebezirken: Ukraine, Nordkaukasus, untere und mittlere Wolga. Damit werden diese Riesengebiete, deren Flächeninhalt ein Vielfaches von Deutschland und Frankreich beträgt, im wesentlichen vollständig kollektiviert. Die ausbeuterischen Kulaken werden in diesen Gebieten als Klasse liquidiert, beseitigt, ausgelöscht. In der zweiten Gruppe von Getreidegebieten: Sibirien, Ural, Kasakistan wird die Kollektivierung der Bauernwirtschaften auf 50 Prozent gesteigert. In den Baumwoll- und Zuckergebieten ebenfalls Kollektivierung von mehr als der Hälfte aller Bauernwirtschaften.

Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Traktorenfabrikation. Der Fünfjahresplan hatte für 1931 die Produktion von 6500 Sowjettraktoren, für 1933 von 53 000 vorgelesen. In Wirklichkeit werden bereits in diesem Jahre 1931 mehr als 60 000 Sowjettraktoren, also fast das Zehnfache der Planziffer, auf die Felder entsandt.

Das Land ohne Arbeitslosigkeit

Zum Schluß ist es unerlässlich, aus der umfassenden Menge der neuen Kontrollziffern noch eine Zahlreihe zu erwähnen, die den Hauptinhalt des Fünfjahresplanes, seinen Klassencharakter, besonders klar widerspiegelt. Der sozialistische Fünfjahresplan bedeutet keineswegs nur eine Steigerung der materiellen Produktion, eine „technische Rekonstruktion“ oder gar eine „Erhöhung der organischen Zusammenfassung des Kapitals“, wie einige rechtsopportunistische „Theoretiker“ behaupten. Der Fünfjahresplan bedeutet vor allem einen grandiosen Aufstieg der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, eine beispiellose Hebung ihres materiellen und kulturellen Niveaus, eine unaufhaltbare Steigerung ihrer Lebenshaltung.

Während in allen kapitalistischen Ländern die Erwerbslosigkeit, dieser Fluch der Ausbeuterklasse, Millionen Arbeiterfamilien ins Elend reißt, ist die Sowjetunion das einzige Land der Welt, das keine Arbeitslosigkeit mehr kennt. In Amerika gibt es acht Millionen Erwerbslose, in Deutschland vier Millionen Erwerbslose, in England zwei Millionen Erwerbslose. In der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken gibt es 0 (Null!) Erwerbslose. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist im Lande des Bolschewismus endgültig von der Tagesordnung getrichen. Auch hier ist der ursprüngliche Fünfjahresplan, der noch 400 000 Erwerbslose im Jahre 1933 vorsah, weit überholt. Die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger beträgt in der Sowjetunion gegenwärtig 14 Millionen Menschen. Nach den neuen Kontrollziffern wird sie Ende 1931 16 Millionen Menschen betragen. Während in allen übrigen Ländern Millionen Arbeiter und Angestellte auf die Straße geworfen werden, treten in der Sowjetunion binnen eines Jahres zwei Millionen ganz neu in die Produktion ein.

18 Prozent Lohnerhöhung

Und wie steht es mit den Löhnen? Der Reallohn ist während der verfloßenen zwei Jahre, während der ersten Hälfte des Fünfjahresplans im Durchschnitt um 12,1 Prozent pro Kopf jedes einzelnen Arbeiters gestiegen. Im Jahre 1931 steigt der Reallohn für Industriearbeiter um weitere 6 Prozent, für Eisenbahner sogar um 8 Prozent. Die jährliche Lohnsumme der gesamten Arbeiterklasse betrug 12,5 Milliarden Rubel im Jahre 1930. Sie beträgt 15,3 Milliarden Rubel im Jahre 1931. Welches Land mit bürgerlicher, faschistischer oder sozialdemokratischer Regierung gewährt gegenwärtig noch irgendeiner Arbeitergruppe eine Lohnerhöhung? Welches Land mit bürgerlicher, faschistischer oder sozialdemokratischer Regierung betreibt gegenwärtig nicht rücksichtsloser Gewalt, mit Schiedspruch und Polizeiknüppel, blutig und unblutig, den niederrücktesten Lohnabbau?

Wie steht es mit der Arbeitszeit? 1929 betragen 18,1 Prozent

waren es bereits 43,5 Prozent aller Arbeiter; Ende 1931 werden es 92 Prozent aller Industriearbeiter sein. Im Jahre 1931 werden alle Arbeiter der gesamten Sowjetunion mit fünfstägiger Arbeitswoche — nach je vier Arbeitstagen ein Ruhetag — arbeiten.

Bolschewistische Sozialpolitik!

Die Ausgaben für Sozialpolitik betrugen 1930 1,6 Milliarden Rubel. Sie betragen 1931 nicht weniger als 2,1 Milliarden Rubel. Man vergleiche damit den erbärmlichen rüberischen, „gedrosselten“ Sozialetat der deutschen Republik, der nach dem Reichshaushalt für 1930 1,4 Milliarden Mark betrug und im Jahre 1931 — einschließlich der Arbeitslosenversicherung — auf läumpige 971,7 Millionen Mark, also fast um ein volles Drittel, zusammengestrichen wurde. Der Sozialetat der Sowjetunion beträgt mehr als 4 Milliarden Goldmark! Dazu kommt ein besonderer „Fonds für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter“, der 1931 285 Millionen Rubel, mehr als das Doppelte des Vorjahres, beträgt. Dazu kommen weitere 155 Millionen Rubel für Arbeiterkassen in Industrie und Verkehrswesen.

Für Arbeiterwohnungsbaue wurden 1930 532 Millionen Rubel ausgegeben, die im Jahre 1931 auf 1,1 Milliarden steigen.

Der Gesamtetat für Volksbildung und Gesundheitspflege betrug 1930 5 Milliarden und beträgt 1931 6,5 Milliarden Rubel.

Wir sehen also auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens und der Kulturpolitik, in allen Produktionszweigen, in der gesamten Sozialpolitik eine vollkommen einheitliche Linie der Entwicklung, die den krassen Gegensatz zur kapitalistischen Welt darstellt.

Im sozialistischen Sowjetland bedeutet die aufsteigende Kurve der Entwicklung den Marsch der Millionen zum Brot, den Marsch der Millionen in die Freiheit, den Marsch der Millionen an die Macht. Aus den trockenen Ziffern, den nüchternen Zahlenreihen des Fünfjahresplans in seiner neuen, korrigierten, gesteigerten Form entsteht ein wahres Helbenlied, ein schöpferischer Triumphgesang der befreiten sozialistischen Arbeit. Nicht aus billigen Versprechungen und leeren Ankündigungen, sondern aus harten, unbesiegbaren Tatsachen, aus Stahl und Zement, aus Kohle und Stein wird die materielle Grundlage der sozialistischen Ökonomie, das Fundament der sozialistischen Gesellschaft gebaut.

„Wir sind bereits in die Periode des Sozialismus eingetreten“ — sagte Genosse Stalin mit vollem Recht in seinem Schlußwort auf dem 16. Parteitag.

Noch sind große Schwierigkeiten zu überwinden, Schwierigkeiten auf den Gebieten der Viehzucht, des Transportwesens, des Wohnungsbaus, des Aufgebots an neuen Arbeitskräften, Schwierigkeiten jeder Größe und jeder Art. Wir Kommunisten denken nicht daran, diese Schwierigkeiten zu leugnen. Aber wir stellen mit größtem Stolz fest, daß die Arbeiterklasse, unter Führung der bolschewistischen Partei, alle Schwierigkeiten im härtesten, schonungslosen Klassenkampf gegen alle Feinde des Sozialismus überwindet.

Der Sieg des Marxismus

Der Erfolg des Fünfjahresplans, der bereits gesichert ist, bedeutet ein Ereignis von größter Tragweite für die proletarische Weltrevolution. Dieser Sieg bricht früher oder später dem verfaulenden Kapitalismus das Genick. Er bricht auch dem deutschen Faschismus das Genick, wenn wir in Deutschland diesen Sieg auswerten verstehen.

Mögen die faschistischen Knüppelgarden, die Henkerstrolche der Hitler und Hugenbergs, weiterhin das ruinierte Kleinbürgertum zur „Vernichtung des Marxismus“ aufrufen. Mögen die faschistischen Idioten weiterhin ihre geistlosen Phrasen über die „Sowjetölle“ und die „bolschewistische Weltpest“ von sich geben.

Niemals war der Marxismus stärker, niemals sieghafter, niemals angrißmutiger als heute. Marxismus und Bolschewismus — das ist Lohnerhöhung, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Siebenstundentag, Fünftägige Woche, der gewaltigste Sozialetat aller Zeiten, kollektive Landwirtschaft, Brot für alle Werktätigen, Freiheit für alle Arbeitenden. Das ist der Marxismus. Aber er ist nicht nur das. Der Marxismus ist zugleich der grenzenlose Arbeitseifer, der Tatendrang, die Erfindungsgabe, die Schöpferkraft, der Opfermut, die Begeisterung, der Siegeswille unzähliger Millionen von Klassenbewußten Proletariats.

Der Kapitalismus ist der Sieg der Maschine über den Menschen. Der Marxismus ist der Sieg des Menschen über die Maschine. Der Kapitalismus ist die Herrschaft des Ausbeuters über den Ausbeuteten, des Besitzenden über den Besessenen. Der Marxismus ist die Beseitigung jeder Ausbeutung, die Aufhebung aller Klassenunterschiede, die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft auf der ganzen Erde. Der Marxismus ist die Theorie und Praxis des proletarischen Klassenkampfes, als die Lehre von der Befreiung der Arbeiterklasse ergreift die Herzen von Millionen und bringt in die Köpfe von Millionen ein. Der Marxismus ist allmächtig, weil er richtig ist.

Der Fünfjahresplan wird durchgeführt und überholt. Das Jahr 1931 ist das Jahr seines entscheidenden Sieges, das Jahr der großen Betriebseröffnungen. Ein neues Festungssystem, eine neue Kette von uneinnehmbaren Burgen der bolschewistischen Weltrevolution wird in Sowjetrußland aufgerichtet. Die Imperialisten der ganzen Welt werden sich die Stirn daran einrennen. Mögen sie den Interventionistenkrieg versuchen: die Sowjetmacht im Bündnis mit den Kommunisten und revolutionären Arbeitern aller Länder wird das kapitalistische „System“ so schlagen, daß kein Stein auf dem andern bleibt.

Mit erhobenen Fahnen, wie ein Leuchtfeuer den Weg der Millionen erhellend, schreitet der bewaffnete, völkerbefreiende,

Der Heuter wütel in Hantau

Neun Kommunisten in Hantau erschossen
Schanghai, 31. Dezember. In Hantau wurden am Montag neun Kommunisten handrechtlich erschossen.

Bandervelde verteidigt das französisch-belgische Kriegsbündnis

Die belgische Zeitung „La Libre Belgique“ veröffentlicht neue Enthüllungen über das geheime französisch-belgische Militärabkommen, das im Herbst 1927 durch die holländische Zeitung „Utrechtisch Dagblad“ in Wortlaut veröffentlicht wurde und seinerzeit großes Aufsehen erregt hat.

Jetzt ergreift der belgische Sozialdemokrat und Exminister Vandervelde im sozialdemokratischen „Populaire“ das Wort zu diesen Enthüllungen. Er bestätigt die Existenz dieses Geheimabkommens, das unter seiner eigenen Mitwirkung abgeschlossen wurde, und beteuert lediglich, daß es keine Verpflichtungen enthalte, die die volle Souveränität Belgiens beschränken.

Bandervelde deckt diesen militärischen Geheimpakt noch heute. Er stellt lediglich zur Täuschung der Arbeitermassen die unvermeidliche Frage, ob nicht der Locarno-Vertrag das französisch-belgische Kriegsbündnis sowieso in sich enthalte und daher als besondere Abmachung überflüssig mache.

Diese Stellungnahme Vanderveldes zu einem ausgesprochenen Kriegsbündnis mit der militärischen Vormacht Europas ist eine drastische Illustration zu den heuchlerischen Friedensphrasen der Sozialfaschisten aller Länder. Sie bestätigt die aktive Rolle des Sozialfaschismus bei der Vorbereitung des kommenden Krieges.

Mussolinis Flottenbaurecord

Gen. Rom, 31. Dezember. Mit dem am Sonntag erfolgten Stapellauf des Panzerkreuzers „Gorizia“ geht das schon in der Londoner Flottenkonferenz aufgestellte italienische Flottenbauprogramm seiner Vollendung entgegen.

Nach der Londoner Konferenz ist jedoch ein Ergänzungsprogramm beschlossen worden dessen Verwirklichung mit der Kiellegung des Panzerkreuzers „Pola“ beginnt.

Die Krise in Polen

Gen. Warschau, 31. Dezember. Nach einem neuen Bericht des Instituts für Konjunkturforschung, hat sich die Wirtschaftslage Polens zum Ultimo weiter verschlechtert.



„Wenn sie mir nur nicht hier reinkommen!“ zitterte Frau. „Du bist wohl! Jeder Hund im Dorf weiß, daß du mit den Spartakisten nie tau dau hast!“ beruhigte die Dede. „Passes op, nu gett de do hom los!“ sagte sie flüsternd.

Französischer Imperialismus organisiert den Krieg gegen die Sowjetunion

Der Interventionsgeneral auf Reisen

Françhet d'Esperey in Athen — Venizelos in Warschau

Athen, 31. Dezember. Auf der Durchreise aus Syrien kommend, wird der französische Marschall Françhet d'Esperey, der ehemalige Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Entente im Nahen Osten im Weltkrieg und Leiter der griechisch-französischen Intervention in der Südrussland und der Krina in den Jahren 1918/19, Athen besuchen.

Françhet d'Esperey, der im Auftrage des französischen Generalstabs regelmäßig Besuche in Warschau und Bukarest abgibt, wird in Athen mit dem Bizeichenminister Katschalis, dem Generalstabschef Masaritis, dem Inspektor des griechischen Heeres, Ditaness, und anderen Generalen Rücksprache nehmen.

„Jmestija“ erklärt, der Athener Besuch des französischen Generals Françhet d'Esperey stehe in Verbindung mit der von der französischen Außenpolitik nach zwei Richtungen hin — vorwiegend Orient und Afrika einerseits, Sowjetrußland andererseits — entwickelten Aktivität.

Die Ostküste des Mittelmeeres, der die Refognosierungsreise d'Espereys gefolgt, werde von dem französischen Imperialismus als wichtiger Waffenplatz für einen kommenden Krieg betrachtet. Die Festigung seiner Machtstellung in den Kolonien verbinde Frankreich mit seiner Hauptaufgabe — der Aufrichtung eines einheitlichen Antisowjetbündes.

Während der französische Handelsminister Glandin auf seiner Osteuropareise sich mit der wirtschaftlichen Vorbereitung des Antisowjetbündes befaßte, beschäftigte sich d'Esperey mit der militärischen Seite dieser Angelegenheit.

Unzweifelhaft wollen die französischen Militärkreise Saloniki wie während des Bürgerkrieges zur Basis für die

Operationen gegen die Sowjetunion auf dem Schwarzen Meere und an der Küste des Schwarzen Meeres gestalten. Diese neue Aeußerung der Aktivität des französischen Imperialismus, so schließt „Jmestija“, schaffe eine reale Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens.

Venizelos als Agent des französischen Generalstabs

Warschau, 31. Dezember. Der griechische Ministerpräsident Venizelos ist zu einem — selbstverständlich „völlig harmlosen“ — Besuch in Warschau eingetroffen. Er wurde von dem polnischen Ministerpräsidenten Slawel und von dem Außenminister Jaleski empfangen.

Von Warschau begibt sich Venizelos nach Wien, wo er mit Curtius, dem italienischen Außenminister Grandi und dem ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen eine Zusammenkunft haben soll.

In Warschau wird Venizelos auch über wirtschaftliche Fragen Verhandlungen führen, insbesondere über eine Absicherung für den wichtigsten Exportartikel Griechenlands, Tabak. Polen soll als Entgelt für eine französische Anleihe, die Venizelos vermitteln wird, auf sein Tabakmonopol zugunsten Griechenlands verzichten.

Auch der Charakter dieser wirtschaftlichen Verhandlungen deutet darauf hin, daß die Rundreise Venizelos' im französischen Auftrag erfolgt und mit den Kriegsplänen des französischen Generalstabs in Verbindung steht.

Macdonalds blutige Diktatur in Indien

Revolutionärer Heldentampf im Urwald

Die Aufständischen in Burma leisten den Maschinengewehren heroischen Widerstand

London, 31. Dezember. Leber die Kämpfe mit den Aufständischen in Burma ist gemeldet: Die Aufständischen hätten am Dienstag in den Schungeln bei Tharawady einen wichtigen Anfall von englischen Truppen. Sie ruhten jedoch vor dem Durchdringen in den Urwald zurück, wobei sie viele Verletzte und zahlreiche Berle zurückließen. Die englischen Truppen verfügen über eine große Menge an Maschinengewehren, die bisher die Angriffe der Aufständischen abschlagen konnten.

Die Kämpfe zwischen den Aufständischen und den englischen Truppen dauern mit großer Heftigkeit weiter an. In den letzten 24 Stunden sind über 100 Rebellen getötet und viele andere verwundet worden. Die Aufständischen haben den Regierungen außerordentlich heftigen Widerstand entgegen. Es wurden neue Verstärkungen in das Kampfgebiet entsandt.

einige Flugzeuge zur Verfolgung entsandt, die die Flüchtlinge etwa 35 Kilometer weiter westlich einholten. Durch Maschinengewehrfeuer wurden sie von den Flugzeugen gezwungen, in ihrem Marsch innezuhalten, bis die ebenfalls ausgedienten Truppen eintrafen, die sofort zum Angriff übergingen.

Trotz des starken Aufgebots französischer Flugzeuge gelang es den Aufständischen aber, sich zu retten.

Generalstreik in der französischen Schuhindustrie

Gen. Paris, 31. Dezember. In Limoges sind 500 Arbeiter einer Schuhfabrik wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten. Da es sich um eine, von sämtlichen Gewerkschaften aufgestellte Forderung handelt, rechnet man mit einem Generalstreik in der französischen Schuhindustrie.

Moskau, 31. Dezember. Das Präsidium des Zentralerekutivkomitees hat beschlossen, den stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Planwirtschaftskommission Karschischanowski, der vor zehn Jahren die Staatliche Kommission zur Aufstellung eines Elektrifizierungsplanes leitete, in Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste auf dem Gebiete der Elektrifizierung in der Sowjetunion, den Lenin-Orden zu verleihen.

Fliegerbomben über Marocco

Paris, 31. Dezember. Westlich von Colomb-Beschar an der algerisch-marokkanischen Grenze ist es in den Weihnachtstagen zu heftigen Kämpfen zwischen regulären französischen Eingeborenentruppen, unterstützt durch Flugzeuge, und einer Gruppe Aufständischer gekommen, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verletzte gab. Von Colomb-Beschar wurden sofort

gegen die Tür. „Still doch, Mensch!“ warnte die Raumannsche, „die Dölsche wird schon allein damit fertig!“

„Zeiglinge!“ schimpfte oben die kleine Dede. „Was wollt ihr von meinem Mann? Er hat keine Angst vor euch, bei Schiemann ist er in der Wirtschaft! Meint ihr, er kneift vor euch aus?“

Die Soldaten durchsuchten auf einen Befehl des Führers die Wohnung. Die Raumannsche hörte sie oben poltern. Dann kamen sie die Treppe wieder herunter. Die Raumannsche lief ans Fenster und lugte hinter den Gardinen hervor. Die Soldaten zankten im Eilmarsch nach der Wirtschaft.

„Raus und mach' dich weg!“ rief sie und zog Zermad aus der Kammer. Da war auch die Zermadsche von oben heruntergekommen.

Zupp Zermad kam mit beschrotem, wütendem Gesicht zum Vorzeichen: „Was haben sie dir getan?“ fragte er heiser seine Frau.

„Nichts, Zupp! Ich habe mich schon gewehrt, bang' dich nur nicht um mich!“ beruhigte die kleine Frau und strich mit der einen Hand zärtlich über seiner Hüften.

„Sie müssen sich hier verduften!“ sagte die Raumannsche, „die Hunde kommen wieder, dann ist aber Zappen ab!“

Zupp Zermad wehrte sich. Das Flüchtlingskind ihm seige. „Einzeln trittst du sie auf, Zupp“, sagte seine Frau, „aber es sind zu viele, die auf einmal kommen! Geh, Zupp, verschwinde!“ drängte sie.

„Und du?“ — fragte er besorgt.

„Die werden mir schon durchfüttern!“ sagte die Raumannsche, „schnell, jetzt ist's genug mit dem Geschwäh!“ Sie küßte ihm Brunkes Hut auf und warf ihm dessen Mantel zu: „Kommen Sie mit, über die Höfe! Ich weiß, wo wir sicher rauskommen!“

Sie kannte jeden Hof, jedes Loch in den Zäunen. Sie schleppte ihn mit, ließ ihn, wenn er zögerte, hindurch und ermahnte: „Raus, man macht Sie tot! Die Kostas schonen ja keinen von euch!“

Sie befanden sich im Freien. Die Raumannsche hatte ihn geschickt aus der Gefahr geführt. „Sorgen Sie sich nicht um Ihre Frau“, sagte die Dede, „ich seh' mich schon danach um! Ich bin nur ein dummes Weib, ich gönne aber eher dem Dickbaud ein paar Angeln als Ihnen! Sie haben nur das getan, was jeder an-

ständige Mensch, dem man das Fressen vorenthält, für Recht hält!“ Sie drückte ihm derb die Hand: „Ausrotten werden sie euch trotz aller Bajonette nicht alle...!“

In der Mühlenhülle trafen sie sich gegen Abend. Die Raumannsche hatte die schwere Aufgabe übernommen, Raup und Mahler zu benachrichtigen. Mahler war schon fort, als die Kostas ihre Befehle für die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in Händen hatten. Ein Beamter vom Rathaus hatte ihn gewarnt.

„Jetzt werden wir gehehlt!“ grockte Mahler. „Das ist das Abkommen!“ höhnte Zupp Zermad erbittert. Er sah hinüber nach der lärmenden Stadt.

Noch dichter hingen die Rauchfäden und hüllten das Eisenwerk in ein stählernes Grau. Von den Schächten dröhnten die Förderer über. Noch rasender als zuvor schienen sich die mächtigen Seilscheiben zu drehen, an deren Seilen die kohl- und menschenbedeckten Förderer zutage und in die lodende Tiefe hinunterstauten.

Kränegeschreie mischte sich in das donnernde Stampfen der Dampfhammer, die auf glühende Eisenblöcke herabschlugen. Aus allen Schloten kroch schwarzer Rauch; sprang Feuer in den Horizont. — Blut der Stahl- und Kohlenruhr!

„Nun schuftet sie wieder, von Maschinengewehren bewacht!“ sagte Fritz Raup verbissen, „und wir müssen vor den Henkern fliehen, die uns statt unser Recht Äugeln zugehackt haben!“

„Wir werden wiederkommen!“ sagte Zupp Zermad hart.

„Glaubst du daran?“ erwiderte Mahler verzagt.

„Ob ich daran glaube?“ Zermad erhob sich zu seiner vollen Größe, reichte die massigen Knochen und kreuzte den Arm nach der donnernden Stadt hin: „Sieh' dort die Riesenbrände, lösch sie mit einem Atemzug aus! So ist es unmöglich, unsere Ober aus unseren Herzen auszulöschen! Die tausend Gräber der roten Ruhr-Rebellen werden stets der Wegweiser sein für die frischen, roten Bataillone, die wir neu formieren werden, Genosse! Der Prolet wird wieder eines Tages mit seinen Füßten in die Kader greifen, die Gewehre an sich reißen! Dann gibt es keinen Waffenstillstand mehr! Wir werden die die ihn predigen, in die Ruhr werfen! Wir werden die Schwäger aufs Maul schlagen! Nur eins wird sprechen: Unsere Gewehre!“

„Hoher“ Besuch im Delt

Ro. — Im Delt-Theater läuft seit einigen Tagen der bekannte Schundfilm „Das Flötenspieler von Salspaci“...

„Profit Neujahr!“

In der Silvesternacht wurde das Ueberfallkommando sechzehnmal angefordert, den üblichen Rummel durch sein Erscheinen zu verschönen.

So ist's richtig!

Unabhängig einer Gruppenversammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus Ost wurde beschlossen, am nächsten Tage gemeinsam den Kirchenaustritt vorzunehmen.

Gartenverwaltung prellt Wohlfahrtsarbeiter um Lohn

U. R. Bei der städtischen Gartenverwaltung werden die Fürsorgearbeiter 38 Stunden in der Woche beschäftigt. Während der Weihnachts- und Neujahrswache wurde verkürzt gearbeitet.

Stadt-Theater

„Pariser Leben“, heißt die schon viele Tage vor der Vorführung mit ziemlichem Tamtam angekündigte Operette, die man — mit Silbesterelagen — am letzten Tage von 1930 spielte.

Thalia-Theater

„Rog“, ein Lustspiel von Barry Connors, ist trotz seines keineswegs amerikanischen Inhalts für uns von einigem Interesse.

Die ungeheuerlichen Maßnahmen und Pläne der in Breslau eingeführten „Sparkommission“ sind unseren Lesern bekannt.

Es ist klar, daß die Durchführung dieser Maßnahmen, insbesondere wenn man weiß, daß gleichzeitig die Bürgersteuer, die Getränkesteuer, die erhöhte Miete und Nachzahlung geleistet werden müssen...

Ueber die Kürzung der Richtigkeiten werden wir am kommenden einen besonderen Artikel veröffentlichen. Auch die Frage der geplanten Arbeitszeitverkürzung in den städtischen Betrieben werden wir in einer besonderen Verhandlung besprechen.

„Hat man sich denn dies alle in Berlin nicht überlegt, hat man denn auch nicht daran gedacht, daß man mit solchen undurchführbaren Maßnahmen nur neuer Zündstoff in die Massen trägt.“

Von der Bürgerchaftsversammlung, vom Stadtparlament, erwarnten wir, daß es gemeinsam mit dem Magistrat gegen diesen ungeheuerlichen Sanierungsplan energiegelich und ganz energiegelich

Front macht. Denn dieser Weg führt nicht zur Rettung, sondern ins Verderben.

Einen Ausweg zu zeigen, sind die „Neuesten Nachrichten“ nicht in der Lage. Das ist bedauerlich! Denn gerade die „N. N.“ haben in der Zeit nach der Wahl zu wiederholten Malen und einseitig zum Ausdruck gebracht, daß sie

ben von Hitler gewiesenen Weg für den richtigen halten. Und das, was jetzt in Breslau gemacht werden wird und noch gemacht werden soll, ist nichts anderes, als die Verwirklichung des faschistischen Programms.

Der Weg des Faschismus ist der Weg der weiteren Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung, der Ruin des Mittelstandes, die Vorbereitung des Vernichtungskrieges.

Wo da ein „Aufstieg Deutschlands“ zustandekommen soll, ist einem gesunden Menschenverstand nicht begreiflich. Eine Besserung der Verhältnisse, Voraussetzungen zum Wiederaufstieg Deutschlands — und auch Breslaus — können nur im Kampf gegen die Profitgier der Millionäre und Bankgewaltigen geschaffen werden.

Sinneweg mit einer Wirtschaftsordnung, die Millionen von Menschen keine Arbeit und kein Brot geben kann, her mit den Betrieben in die Hände der Arbeiter und Angestellten, her mit einer Wirtschaftsordnung, die nach der Maßgabe des Bedarfs der Bevölkerung geleitet wird, her mit einer Regierung, die das Wohl der gesamten werktätigen Bevölkerung höher ansieht, als die Interessen einer kleinen Gruppe von Finanzherren.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition plant, in der zweiten Woche des Monats Januar alle Betriebe Breslaus zu Betriebsversammlungen aufzurufen, um dort Kampfmaßnahmen gegen die Bürgersteuer und die anderen Ausbeutermaßnahmen der Sparkommission zu beschließen.

Die kommunistische Partei ruft die gesamte werktätige Bevölkerung zu einer Protestkundgebung auf. Tag, Stunde und Lokal werden noch besonders bekanntgegeben werden.

Die Not des Mittelstandes

Wir erhalten aus Mittelstandkreisen folgende Zuschrift: Die Hauptursache der gegenwärtigen verzweifeltsten Lage des Mittelstandes ist die immer stärkere Konzentration des Großkapitals im Handelsgewerbe, die mit Naturmonopolität den Untergang der kleinen Geschäfte herbeiführt.

1931 wird des dem Mittelstand, wenn er nicht bald aus seiner lethargie aufwacht, und Schullehrer an Schullehrer mit der Arbeiterklasse den Kampf gegen das Großkapital und den von ihm bezahlten Nazis aufnehmen, noch schlechter gehen.

Die Offensive des Großkapitals gegen die Arbeiterschaft ist eine Offensive des Großkapitals gegen den Mittelstand, der nur von der Arbeiterschaft lebt.

über den Kampf von Schwester, deren Kalle und Freiheit die Spiekerherzen im Theater der Kleinen Noxy in die Arme treibt.

Ein „Sittensbild“ aus Amerika, ein Sittensbild aus äußerlich geübten Bürgerhäusern voll Verheerung, eine unwahre Schilderung, die den harten Schritt des wirklichen Lebens nicht hörbar werden läßt.

Wieder ein tödlicher Unfall beim Spielen. Am Mittwoch, gegen 13 Uhr, spielte der 12jährige Schüler Willi R. von der Hofstraße auf dem Schulhof der Volksschule in der Trinitasstraße.

Mit Rauchwaren versorgt haben sich Leute, die in der Nacht zum 31. Dezember in eine Konditorei auf der Frankfurter Straße eintrugen. Sie stahlen etwa 4000—5000 Stück Zigaretten verschiedener Marken.

her veröffentlichten Dividenden für das Geschäftsjahr 1929/30 (bis Juni 1930) von Aktiengesellschaften zeigen in zahlreichen Fällen eine Steigerung.

Die gesamten bürgerlichen Parteien, besonders aber die vom Großkapital ausgehaltenen Nationalsozialisten, haben nicht das geringste Interesse daran, dem schwer und verzweifelt um seine Existenz kämpfenden Mittelstand zu helfen.

Der Mittelstand muß aus den hier angeführten Tatsachen die Konsequenzen ziehen: Für den Mittelstand gibt es nur eine Rettung — mit der Arbeiterschaft, d. h. mit den Kommunisten, gegen das Großkapital und seine von ihm bezahlten Nazis den Kampf führen!

Zum Jahresabschluss der übliche Selbstmord. In der Silvesternacht hat sich die 53jährige Ehefrau Maria F., Fürstenstraße wohnhaft, mit Gas vergiftet.

Auch ein Silvester„scherz“. Am 31. Dezember, gegen 22 Uhr, ging eine 43jährige Frau aus Wöhlischdorf, Kreis Brieg, über die Paßbrücke durch den Scheitniger Park in Richtung Zimpel.

Diebisch-Theater. Im Mittelpunkt des neuen Programms steht das Gastspiel der Berliner Operettenrevue Volte Vertmeier und Oskar Cahn, die mit ihrem Lustspiel „Die Fälschung“ Heiterkeitsstürme hervorruft.

Waldenburger Bergland

Bergarbeiter, macht die Gruben streifbereit!

Wir teilten in der letzten Nummer unserer Zeitung mit, daß der Bergarbeiterverein den Lohnstreik für Niederschlesien angekündigt hat. Der Streik läuft Ende des Monats Januar ab. Die streikenden Bergarbeiter sind uns im Moment noch nicht bekannt. Es geht aber so, daß sie ähnlich wie an der Ruhr und in Oberschlesien einen Lohnabbau fordern. Der Weg, die Gruben von Monat zu Monat um einige Flennige abzubauen, scheint den Grubenbesitzern doch zu langsam zu sein. Deswegen wollen sie schon zum 1. Februar einen großen Schlag gegen die Bergarbeiter führen.

Aus der bisherigen Haltung des Gewerkschaftsbürokraten Hoffmann und seiner Getreuen ist uns bekannt, daß sie die Beibehaltung der bisherigen Löhne als ein „Glück“ bezeichnen würden. Aus ihrer Haltung geht eindeutig hervor, daß sie keinesfalls zu Willen haben, einen Kampf der Bergarbeiter zu organisieren. Anders ist es auch nicht möglich. Gerade die Sozialdemokratie ist es, die nicht nur die kapitalistische Republik zu verteidigen vorzuziehen, und somit die kapitalistische Lösung „Kapitalbildung“ als die Rettung Deutschlands bezeichnet, obwohl sie genau weiß, daß Kapitalbildung nur möglich ist, wenn man die Lebenshaltung der Arbeiter und des Mittelstandes noch mehr als bisher beschneidet. Die Sozialdemokratie geht noch ein Stück weiter. Sie hat alle bisherigen Maßnahmen der faschistischen Brüning-Regierung offen unterstützt, ja, ohne Unterstützung der Sozialdemokratie wären diese Maßnahmen nicht möglich. Von diesem Standpunkte betrachtet, ist die Haltung der Hoffmannler als treue Stützen des Kapitalismus und des Faschismus wohl verständlich, aber kein Bergarbeiter wird sich finden, der bereit wäre, im Interesse der weiteren Bereicherung der Reichen, im Interesse der verstärkten Kriegführung gegen die Sowjetunion sich selbst und seine Familie dem Hungertode auszuliefern.

Die Lösung heißt: Nicht kapitulieren, sondern kämpfen. Die Einführung der verschiedensten Steuern, die Verschlechterung der Sozialversicherung zwingen die Bergarbeiter, eine Erhöhung der Reallohn zu fordern. Insbesondere müssen sie darauf bedacht sein, daß der künstlich garantierte Mindestlohn sofort erhöht wird, damit die Grubenbesitzer nicht mehr die Möglichkeit haben, auf „legalen“ Wege die Effektivlöhne der Hauer auf 6,03 Mark zu senken.

An der Ruhr und in Oberschlesien ist bereits in zahlreichen Belegschaftsversammlungen der Beschluß gefaßt worden, jeden Versuch des Lohnraubes mit dem Streik zu beantworten. Kampf-ausschüsse sind gewählt und zu einer Zentralstreikleitung zusammengefaßt. Sollen die niederschlesischen Bergarbeiter zurückbleiben? Nein, das darf nicht sein. Schlagt Alarm in den Schächten! Halbt Versammlungen ab. Bereitet euch vor, Schulter an Schulter mit den Kameraden an der Ruhr und in Oberschlesien den Kampf gegen den geplanten Lohnraub aufzunehmen!

„Schlegel und Eisen“ erscheint nicht mehr

Am 20. Dezember des vergangenen Jahres ist die letzte Nummer des revolutionären Organs der niederschlesischen Bergarbeiter „Schlegel und Eisen“ erschienen. „Schlegel und Eisen“ wurde unter aktiver Mithilfe aller revolutionären Bergarbeiter und Funktionäre des niederschlesischen Kohlenreviers gegründet, ausgebaut, verbreitet, der Umfassung gesteigert. „Schlegel und Eisen“ war ein treuer Helfer im Kampfe für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gegen die veräxterliche Gewerkschaftsbürokratie und gegen die Grubenbesitzer, die da glauben, die Bergarbeiter als Menschen zweiter Klasse behandeln zu können. Dank dem Wirken des „Schlegel und Eisen“ war es leichter möglich, den Einfluß der KPD in den Waldenburger Gruben zu steigern. Nun muß „Schlegel und Eisen“ abtreten, weil ein stärkerer Kämpfer auf den Plan tritt. Er trägt den schlichten Namen:

„Der Bergarbeiter“.

„Der Bergarbeiter“ ist das Zentralorgan aller Kohlenreviere Deutschlands. Dem Zentralorgan wird es besser möglich sein, alle wichtigen Bergarbeiterfragen zu behandeln, und die Kämpfe aller Reviere zu verbinden. Wir fordern auch an dieser Stelle alle Leser des „Schlegel und Eisen“ auf, Leser von „Der Bergarbeiter“ zu werden. Gleichzeitig muß eine gesteigerte Werbetätigkeit einsetzten, damit „Der Bergarbeiter“ tatsächlich von der übermächtigen Mehrheit der Grubenarbeiter gelesen wird.

Rothenbach

Feige Nazis

Die braune Marktpost hatte für Dienstag, den 30. Dezember 1930, den Feiern des Gopshaus, Kolonie Hochwald, eine öffentliche Versammlung einberufen. Als Redner war der „königl.“ Förster Erich Hartmann aus Landesbühl mit seiner SA-Mannschaft unter Führung des preussischen Trautmann erschienen. Der sich einsetzende hatte, ein politisches Referat zu hören, sah sich arg getäuscht, den Herrmann verpönte den üblichen Nazibörsen, hat aber nicht mit Inzidenten unterbrochen. Er wußte schließlich keinen anderen Rat, als die republikanische Polizei um Schutz anzusuchen, die auch dann einen Gefreiten aus dem Saale entfernte. Das Verhalten der Polizei war auch hier, wie an anderen Orten: sie ließ ihre Brotgeberin, die Republik, aus gemeinsamer beschimpfen (Herrmann besetzte die anwesenden Minister Ewerling, Brüning usw. mit Schmeichelnamen wie „Schweinehund“, „Lumpen“, „Ladetten“ usw.) Und als die Arbeiter gegen einen detarigen politischen Vortrag protestierten, ging die Polizei dazu über, den Saal von unbehaglichen Hörern zu räumen. Dem ausgewiesenen Arbeiter wurde bei seiner Entfernung versichert, daß er in der Diskussion sprechen könne. Als es soweit war, hatte Herrmann Angst, daß seine verlogenen, demagogischen Gelaber ins rechte Licht gerückt werden könnte. Es fand keine Diskussion statt. Daraufhin verließen die Arbeiter mit einem dreimaligen „Rot Front“ geschlossen den Saal. Es hätte der NSDAP auch an diesem Abend nicht gelangen können, eine Ortsgruppe in Rothenbach zu gründen.

Jauer

Jauerische Latrinenparolen

Eurberbare Dinge spielen sich in Jauer ab, z. B. Kirchen- und Häuserzerrungen durch die Kommunisten. Wir hätten nicht gedacht, daß die feige Polizei so hoffnungslos bummig ist und auf jede Latrinen-

parole hereinfällt. Am 21. Dezember 1930 tauchte nämlich das Gerücht auf, die Kommunisten wollten an diesem Abend die Kirche mit Pulver, das aus dem Steinbruch gestohlen worden sein sollte, in die Luft sprengen. (Schrecklich!) Das war so etwas für unsere Polente. Im Laufe des Nachmittags wurden sämtliche Landjäger aus der Umgebung alarmiert und nach Jauer beordert. Gegen 17 Uhr sausten Blaue und Grüne, den Sturmriemen unter'm Kinn und mit geladenem Revolver, durch die Straßen nach der Friedenskirche, um die Kommunisten in ihrem Bösen Werke zu hindern. Es wurde alles abgesperrt und gewartet, aber die Bolschewisten kamen nicht, wahrscheinlich hatten sie Angst. Als die Feier beendet war, zogen die enttäuschten Polizisten wieder ab. Verschiedene Beamte waren sich ihrer Blamage bewußt, das sah man ihnen an. Uns tun die Deutschen leid, aber ein Mensch, der noch geistig normal sein will, konnte ja an diesen hahnenbüchernen Unsinn nicht glauben. Nur total Verblödete konnten das glauben. Bei einer Nazifundgebung wurde schon von einem Irrenhauswärter behauptet, die Kommunisten wollten den Striegauer Hof sprengen, wo auch tatsächlich bei verschiedenen Gelegenheiten nach Pulver und Patronen gesucht wurde. Was soll dieses kindische Theater bedeuten? Wahrscheinlich will man den gläubigen Schächern einen Schreck vor den Kommunisten einjagen. Es würde uns nicht wundern, wenn nächsten in Jauer die Nachricht kolportiert würde, daß die Kommunisten Kinder schlachten, um sie gebraten und gebacken zu verzehren. Das wäre wieder so ein gesundes Fressen für die verblödeten Epische und Kleibürger von Jauer!

Schweldnitz

Faschisten-„Kultur“

Wie erst jetzt bekannt wird, waren es etwa 20 Nazis, die in den ersten Tagen des Monats Dezember die Vorwerkstraße entlangzogen und ihren „Mut“ an den Straßenlaternen ausließen. Sie schlugen diese kaputt. Es wurden auch Scheiben zerschossen! In der Tagespresse wurde bis jetzt nichts davon gemeldet, obwohl einige dieser „Helden aus dem dritten Reich“ von polizeilicher Seite gestellt worden sind. — Bis jetzt toben sich solche Leute noch an Laternen aus! Arbeiter, wollt ihr es so weit kommen lassen, daß man euch statt der Laternen so vornimmt?

Sagan

Saganer Allerlei

Wie wir hören, plant man in der Saganer Wollspinnerei, Anfang Januar die Kurzarbeit weiter zu reduzieren, und zwar eine Woche mit zwei und die andere mit drei Arbeitstagen durchzuführen. Schon gingen die arbeitslosen Proleten mit ganzen 7 bis 8 bis 10 Wochenverdienst los. Wodan sie dann noch mehr verdienen können, ist unklar. Die Arbeiterzeitung hat unterhalten trüben soll, kümmert sich der Unternehmer natürlich.

Im Arbeitsamt werden immer mehr Beschwerden von den jüngeren Arbeitern in der Beobachtung erhoben. Es ist zu erwarten, daß einzelne in den nächsten Tagen in den Kreis der Arbeitslosen aufgenommen werden. Einzelne Personen, die sich morgens früh zum Arbeitsplatz anstellten, mußten bis nachmittags 4 Uhr warten. Das ist der Wipfel strecher Rücksichtslosigkeit! Besonders schwer ist dieser Zustand für die Auswärtigen, die dann, wenn sie per Fahrrad sind, der Gefahr einer Polizeistrafe ausgesetzt sind, weil sie keine Fahrradlampe mitnehmen. Der Erwerbslosenausweis wird Prolet und Beschwerde beim Landesarbeitsamt einreichen.

Der Magistrat lehnte den Antrag des Erwerbslosenausschusses auf Anerkennung eines Vertreters mit Sitz und Stimme in dem örtlichen Fürsorgeausschuß des Wohlfahrtsamtes ab. Dasselbe Spiel trieb der Kreisauschuß. Die Vertreter der SPD spielten dabei eine ganz besondere Rolle, denn es handelt sich um Abwägung von Anträgen revolutionärer Proleten.

Im Stadtparlament und im Kreisrat wurde betont, daß ledige Personen, die bei den Eltern wohnen und keinerlei Unterstützung erhalten, an erster Stelle mit der Winterbeihilfe bedacht werden sollen. Durch den Kreisauschuß war ein Satz von 8 Mark pro Person zugrunde gelegt, der zur Auszahlung gelangen sollte. Auch dieser Beschuß ist in vielen Fällen nicht durchgeführt worden, sondern man „prüfte“ die Verhältnisse, wobei natürlich viele weniger Geld erhielten. Wir raten, in solchen Fällen Beschwerde einzulegen und weiter um jede Forderung zu kämpfen. — Das ist das „Entgegenkommen“ der Stadt gegenüber den Hilfsbedürftigen. Der erste Bürgermeister Dr. Kolbe stütete zwar im Kreisrat die liebliche Töne über die Hilfe für die Notleidenden, aber das war wohl für die Presse bestimmt. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Guhrau

Auch ein Herold fürs „Dritte Reich“

Für die am 29. und 30. Dezember auf dem Gelände des Raubritterguts Seißch stattgefundene Treibjagd benötigten die hiesigen Krautbarone 140 Proleten als Treiber. Zu diesem Sport der Bourgeois bekam ihr Lakai, der Förster Meß aus Braunau, den Auftrag, 140 Treiber zu bestellen. Der Andrang zur Beteiligung an der Jagd war groß, weil es ein paar Groschen zu verdienen gab. Dienstfertig, wie nun mal so ein Herrnkolai ist, hatte Meß eine direkte Freude daran, sich an dem Elend der Arbeiter zu ergötzen, sonst wäre es wohl nicht möglich gewesen, daß fast 140 Mann 150 angenommen wurden, was zur Folge hatte, daß am 29., dem ersten Jagdtage, ungefähr 40 Proleten wieder unentlohlich nach Hause geschickt wurden. Dieses An-der-Nahe-Herumführen veranlaßte natürlich einige der Zurückgebliebenen, sich über ein derartiges brutales Handeln zu enträsten. Darauf wies der Förster Meß auf die Vorteile des Dritten Reiches hin und sagte in brohendem Tone: „Dem Volke gehört was ganz anderes.“ (Deutscher

In jede Proletarierwohnung den

ARBEITER-KALENDER

1931



ER IST DA
Der von seinen zahlreichen Freunden sehr
angem erwartete illustrierte

Arbeiter-Wandkalender 1931

144 neue Zeichnungen, Photos, Photomontagen und Originalbeiträge über die wichtigsten geschichtlichen Ereignisse und eine gute Auswahl aus den Werken des Marxismus-Leninismus. Das Werk sollte sich jeder Arbeiter anschaffen. 288 Seiten, Mk. 1.35

Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg-Berlin

Der Kalender ist bei allen Kolporturen der „Arbeiter-Zeitung“ zu haben!

Niederschlesien

gefaßt, die faschistische Diktatur, Gummitruppel und sonstige Abfälle des Dritten Reiches.)

Nun, Proleten, was sagt ihr zu dem Auftreten dieses Herolds für das „Dritte Reich“? Wie würde sich wohl dieser Herr Meß erst benehmen, wenn Hitler selbst unter den notleidenden Krautjungfern zugegen gewesen wäre? Wahrscheinlich wäre er seinem „großen“ Führer in einen naheliegenden Körperteil getroffen!

Polkwitz

Sonderbare Methoden von Geschäftleuten

Wie wir erfahren, gibt es hier eine

Opfern die hier... haben. Es gibt Geschäftsleute, die zu... sagen: „Wenn Sie kein Geld zum Kaufen haben, dann gehen Sie mir doch Ihre Rentenkarte, ich hole mir das Geld schon von der Post ab.“ Abgesehen davon, daß derjenige sich strafbar macht, der unbefugtemeße Renten abholt, sollten sich die Geschäftsleute schämen, den Rentnern auf diese schäbige Weise das Geld aus der Tasche zu loden. Wir verlangen von der Behörde, daß sie aufs schärfste kontrolliert, ob auch in Zukunft Geschäftsleute das für die Rentner bestimmte Geld abholen können.

Verhöhnung der Wohlfahrtsempfänger

Polkwitz. Ein Wohlfahrtsempfänger aus Polkwitz, der eine Frau und vier Kinder hat, beantragte eine fortlaufende Unterstützung. Der Magistrat teilte ihm mit, daß er eine monatliche Unterstützung in Höhe von 15 Mark erhalten würde. Selbstverständlich erhob der Arbeiter Einspruch. Daraufhin erhielt er ein Schreiben, das wir zum Abdruck bringen wollen:

„Auf Ihren am 13. Dezember 1930 erhobenen Einspruch gegen die Höhe der Ihnen zugesprochenen Unterstützung wird mitgeteilt, daß der Magistrat die Unterstützung auf monatlich 20 Mark festgesetzt hat, und Sie damit den vom Kreisauschuß Glogau festgesetzten Richtsatz erreichen.“

Mit dem nunmehr bewilligten Unterstützungsbeitrag wird der Richtsatz bereits überschritten. Weiter darüber hinauszugehen liegt in dessen keine Veranlassung vor und wird Ihnen anheimgestellt, evtl. Beschwerde beim Kreisauschuß Glogau zu stellen.

gez. Brandt.

Bezeichnend ist der Satz: „Es liegt keine Veranlassung vor, über den Richtsatz hinauszugehen.“ Für einen Bürgermeister natürlich nicht, denn er hat mehr als genug zum Leben. Einem Familienvater aber, der Frau und vier Kinder ernähren und bestreuen, der Miete zahlen soll, monatlich ganze 20 Mark anzubieten, ist ein Hohn ohne Gleichen. Tausende schmelzen und prassen — Millionen Menschen stehen vor dem Hungertode! Das ist das Wesen dieser Republik, der Satten und Reichen, die den Hungernden weder Brot noch Arbeit gibt und sie einem Lohse überantwortet, das schlimmer ist als das der Sklaven im alten Rom. Wer die Geschichte kennt den Namen Spartakus, des Sklavenführers, der einen heldenmütigen Kampf gegen die Unterdrücker führte. Sklaven haben nichts zu verlieren als ihre Ketten! Auch die Sklaven der deutschen Republik wissen das. Und sie werden danach handeln!

Glogau

Schwerverbrecher ausgebrochen

Glogau. In der Nacht zum Dienstag ist der von der Großen Strafkammer des Landgerichts am Dienstag wegen schweren Raubes in Primmensau zu insgesamt sieben Jahren Zuchthaus verurteilte Schlosser Waldemar Böhler aus dem Gerichtsgefängnis ausgebrochen. Bisher konnte noch nicht festgestellt werden, auf welche Weise Böhler, der nur mit Hemd und Unterhose bekleidet war, den Weg ins Freie gefunden hat.

Das Nazi-Volksbegehren „gegen“ Preußen

Nazis und Stahlhelm kündigen ihr Volksbegehren zur Auflösung des Preussischen Landtags an. Es wird damit gerechnet, daß es bereits im Januar steigt. Ueber die Hintergründe dieses Volksbegehrens berichtet die „Vossische Zeitung“ sehr interessante Einzelheiten. Als wesentliches dieses Volksbegehrens wird nicht allein die Auflösung des Landtages angegeben; der ursprüngliche Plan des Stahlhelms „will vielmehr außerdem noch die Einziehung eines preussischen Staatspräsidenten erzwingen, der mit dem Reichspräsidenten identisch sein soll“.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt dazu: „Ein solcher Staatspräsident würde der Plaghalter für den einst wiederkehrenden Monarchen sein. (Wir glauben eines faschistischen Diktators. Die Red.) In den Kreisen, die als Drahtzieher hinter dem Antrag stehen, sieht man zeitlich weiter — über die Person Hindenburgs hinaus, Rast und Zielbewußt verbindet man mit dem Gedanken an den Doppelpresidentenposten persönliche Vorstellungen von Männern, die dem Herzen der radikalen Rechten näher stehen als heute das greife Reichsoberhaupt, und die möglichst auch vom Wert und der Gültigkeit einer Verfassung nicht so „pedantisch-ehrenhafte“ Vorstellungen haben — Männer, die über „juristische Zwirnsfäden“ nicht stolpern dürfen.“

Aber nicht nur über die Ziele erfährt man etwas, sondern auch über die Geldgeber dieses Volksbegehrens. Die „Vossische Zeitung“ stellt mit Betrübnis fest:

„Dange genug wird schon in Landestellen wie Ostpreußen — in denselben Ostpreußen, in das unausgeleitet die Subventionen an die Landwirtschaft fließen, die von derselben preussischen Staatsregierung (also Braun, D. Red.) großzügig mitbewilligt werden, die das Volksbegehren aus dem Sattel heben soll — Fieberhaft um Unterschriften geworben.“

Das gibt der ganzen Angelegenheit eine besonders bemerkenswerte Note. Hier wird nochmals bestätigt, was längst kein Geheimnis mehr, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens, der Geldgeber der „notleidenden“ faschistischen Agrarier ist, die zum Hohn auf die Not des werktätigen Volkes mit dem Geld der SPD-Regierung ihre reaktionären Pläne finanzieren.

Vor einigen Wochen hat Goebbels offen zugegeben, daß dieses Volksbegehren das Damoklesschwert ist, das besonders über dem Zentrum aufgehängt wurde und zu gegebenem Zeitpunkt niederfallen soll, um den Eintritt der Nazis in eine Koalitionsregierung zu erzwingen. Dabei wollen die Nationalsozialisten, sowohl im Reich wie in Preußen Koalitionsteilhaber werden. Das Volksbegehren wird daher von ihnen als Hebel für die Verstärkung der Macht Hitlers betrachtet. Politisch gesehen ist es eine einzige demagogische Heuchelei, da man weiß, daß der Polizeiminister Severing der beste Schutzpatron der bewaffneten Nazis ist. Der Severing-Kurs in Preußen richtet sich nur gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und die kommunistische Partei. Die SPD hat daher alle Ursache, diesen Kurs zu brechen und noch härter als bisher den Kampf gegen die preussische Regierung zu führen. Hierbei gibt es aber kein Bündnis mit den faschistischen Todfeinden der Arbeiterklasse, die sich morgen der sozialdemokratischen Politikstümpel ebenso bedienen werden wie heute Hindenburg und Hindenburg. Die SPD wird die Millionen des werktätigen Volkes zum revolutionären Kampf gegen den Faschismus und seine sozialistische Filiale in Preußen mobilisieren.

Dieser Kampf im Jahre 1931 muß in gleicher Weise gegen die Hitler-Hugenberg-Front wie gegen die Brüning-Braun-Front geführt werden. Hier fällt die Entscheidung nicht in einem parlamentarischen Volksbegehren, das als Mittel der Mobilisierung der Massen anzunehmen die kommunistische Partei jeweils selbst bestimmt, sondern in den verschärften Klassenkämpfen, denen wir im Jahre 1931 entgegengehen.

Hitler für das heutige System ungefährlich Ein Aufruf an SEIN Volk

Der „Vossische Beobachter“ veröffentlicht einen Aufruf Hitlers, in dem er sich krampfhaft bemüht, die Gefährlichkeit der Nationalsozialisten zu betonen. In diesem Aufruf an die SA. heißt es:

„Steht treu hinter mir. Ich verlange von euch nichts Ungeheures, fordere nichts, was euer Gewissen in Konflikt mit dem Gesetz bringt, verlange aber, daß ihr mir auf dem Wege, den das Gesetz genehmigt, und mir mein Gewissen und meine Einsicht vorschreibt, in Treue folgt und euer Schicksal mit dem meinem verbindet.“

Abgesehen davon, daß hier Hitler noch einmal seine Koalitionsfähigkeit und seine Ungefährlichkeit für das heutige System betont, kann man nur noch den ungläubigen Größenwahnsinn dieses Mannes bewundern. Besser konnte es Wilhelm Lehmann auch nicht.

Hugenberg fordert neue Steuererleichterungen für die Landwirtschaft, die schon längst durchgeführt sind

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat einen Antrag „im Interesse der notleidenden Landwirtschaft“ eingebracht, in dem folgendes gefordert wird: 1. keine Reichsteuern für die land-, forst- und gartenwirtschaftlichen Betriebe zu erheben; 2. Mittel bereitzustellen zur Senkung der kommunalen Reichsteuern und der Unfallversicherungs-lasten; 3. auf Preußen einzuwirken zur Senkung der katastralen Grundvermögenssteuer; 4. für Preußen eine günstige Verteilung der Schulkosten unter Berücksichtigung der Kinderanzahl (1) zu erreichen. Die „Vossische Zeitung“ stellt dazu fest:

„Sachlich ist zu diesen neuen Forderungen zu sagen, daß der Bericht auf die Reichsteuer praktisch fast durchgeführt ist. Für die Vermittlung der anderen drei Forderungen ist — was auch die Deutschnationalen natürlich erkannt ist — wesentliches bereits getan.“

So ist es tatsächlich. Die Großagrarien erhielten Kleinkummern in den Rücken gemorren. Schwere Not leidet aber der Kleinbauer, den Hugenberg, wie es die Verteilung der Schulkosten zeigt, noch härter schlagen will.

Heute vor einem Jahr starb Genosse Kobitsch-Meyer

Vom Strafvollzug gemordet

Soll Genosse Peters das gleiche Schicksal erleiden? — Kämpft mit der Roten Hilfe um die Befreiung unserer eingekerkerten 1300 Brüder

Heute ist es ein Jahr her, daß Genosse Kobitsch-Meyer, ein Klassenbewußter Arbeiter und aufrichtiger Kämpfer, der in den Jahren 1918 bis 1924 als tapferer Revolutionskämpfer tätig war, durch den Strafvollzug gemordet, dem Klassenkampf entzogen wurde. Der Todtrauer wurde noch kurz vor seinem Tode in einem anstaltsärztlichen Gutachten, für das Obermedizinalrat Wöler genau so verantwortlich ist, wie für das, was er eben über den Genossen Karl Peters abgegeben hat, für hastig erklärt. Er wurde für hastig erklärt, obwohl er in wenigen Wochen rund 40 Pfund abgenommen hatte. Bei dem letzten Besuch, den der Genosse im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses erhielt, sprach er resigniert lächelnd die den unglücklichen Strafvollzug kennzeichnenden Worte: „Haft unschuldig ist man hier nur, wenn man schon tot ist.“

Am 31. Dezember 1929 überführte man ihn lebend ins Rudolf-Virchow-Krankenhaus, wo er wenige Stunden später, am 1. Januar 1930, seiner schweren in der Haft erworbenen Lungentuberkulose erlag.

Die Stimme des toten Genossen Kobitsch-Meyer muß stärker noch als die des Lebenden ein erschütternder Appell an alle Werktätigen sein, nicht nachzulassen in ihrem Kampf für unsere über 1300 eingekerkerten Klassenbrüder, deren einziges „Verbrechen“ ihre Treue zur Arbeiterklasse ist und die darum durch den „humanen“ Strafvollzug körperlich und geistig zugrunde gerichtet werden sollen.

Eben, erst hat der Medizinalrat Wöler ein Gutachten über den Gesundheitszustand des Genossen Karl Peters abgegeben, bei dem einem jeden Arbeiter das Blut der Empörung in den Kopf steigt. Karl Peters, und das wird kein Gutachten eines Klassenmediziners vertuschen können, ist schwer erkrankt und heute schon wollen wir die proletarische Oeffentlichkeit auf die Schuldigen hin, die mit denselben Methoden, wie den Genossen Kobitsch-Meyer, wie eben erst den Genossen Schröder im Untersuchungsgefängnis Wismar, wo er sich erhängt haben soll, der aufrechten Klassenkämpfer Karl Peters erliegen wollen.

Ebenso wie Kobitsch-Meyer ist Peters um die Amnestie betrogen worden. Der Proteststurm, der jetzt für die sofortige Freilassung des Genossen Peters eingesetzt hat, er muß zu Beginn des Jahres in allen Betrieben, Kontoren und Stempelstellen unter Führung der Roten Hilfe fortgesetzt werden. Es darf nicht sein, daß Karl Peters etwa zu 10 Jahren Zuchthaus „begnadigt“ ein Opfer des Strafvollzugs wird, denn noch zehn Jahre für einen so schwerkranken Menschen bedeuten eine bewußte Verhöhnung, bedeuten einen neuen Justizmord.

Der Tod des Genossen Kobitsch-Meyer, dessen wir heute gedenken, sei für alle Werktätigen Deutschlands ein Gebotnis, entschlossener noch als bisher den Kampf gegen faschistische Klassenjustiz und Polizeiterror, für die Befreiung aller unserer eingekerkerten Klassenbrüder unter Führung der Roten Hilfe aufzunehmen.

Deutsche Arbeiter in der Sowjetunion

„Alle Kräfte für den Sozialismus“

Abrechnung mit einem gekauften Verleumder — Ein trauriger Kronzeuge der SPD-Presse

Durch die SPD-Presse geht unter der Überschrift „Ein Arbeiter berichtet“ ein anderthalb Spalten langer Bericht des Uhrenarbeiters Hermann Siegel, Schramberg. Dieser Siegel, der einige Monate in der Sowjetunion arbeitete, stellt die Verhältnisse in der Sowjetunion in den schwärzesten Farben dar und heßt in tollster Weise gegen den Sowjetstaat und die russischen Arbeiter. Pathetisch behauptet Siegel, daß er nach zehnwöchigem Aufenthalt in Moskau den Staub des „unwirtlichen Landes“ von den Füßen geschüttelt habe.

Aber es ist ein trauriger Kronzeuge, den die SPD-Presse hier ins Feld führt. Es hat ihm nämlich in Moskau sehr gut gefallen und er wurde lediglich durch Verschlimmerung seines Leidens, einer aus dem Kriege herstammenden Knochen-tuberkulose gezwungen, nach Deutschland zurückzuführen. Aber nicht etwa deshalb, weil er sich nicht hätte in Moskau behandeln lassen können, sondern weil ein Paragraph im deutschen Militärverordnungs-gesetz bestimmt, daß Kriegsheldentatige ihr Versorgungsrecht verlieren, wenn sie sich von einem ausländischen Arzt behandeln lassen. Siegel lehrte deshalb zurück, um seiner Versorgungsrechte nicht verlustig zu gehen. In seinem Bericht stellt er es aber so dar, als ob er wegen der „schlechten Verhältnisse“ zurückgekehrt wäre. Ferner nennt Siegel in seinem Bericht den Uhrenarbeiter Hein als Zeugen für seine Angaben. Zum Nach für die SPD-Presse veröffentlicht aber dieser Uhrenarbeiter Hein eine Erklärung, in der es heißt:

„Siegel hat es in Moskau sehr gut gefallen. Selbst bei einem Abschied von einem Genossen in Moskau sprach er noch sein Bedauern aus, daß er durch seinen Zustand gezwungen worden ist, die Sowjetunion zu verlassen. Im Übrigen geht es allen sehr gut. Daran ändern auch die üblichen falschen Meldungen der sozialfaschistischen Presse kein Wort. Der Zerfall der SPD wird durch diesen Schwindel nicht mehr aufgehalten. Die gewaltigen Aufbaumöglichkeiten in der Sowjetunion, sowie die prächtigen Fortschritte, erzielt vom Proletariat in der Sowjetunion in der Richtung zu einem wirklichen Sozialismus, sind die beste Gewähr für die Richtigkeit der Politik der K P S U.“

Soweit Hein. Aber Siegel nennt noch einen anderen Zeugen. Groppe-Kuhla. Aber auch der Arbeiter Groppe hat mit fünfzehn anderen Uhrenarbeitern, die in Moskau mit

Siegel zusammenarbeiteten, einen Brief geschrieben, in dem es heißt:

„Die deutschen Uhrenspezialisten verurteilen aufs schärfste die Handlungsweise Siegels und erklären, daß diese unvereinbar ist mit den Charaktereigenschaften eines ehrlichen Menschen. Die Spezialisten erklären weiter, daß sie keine Ursache haben, in die Heimat zurückzukehren.“

Die Uhrarbeiter lagen dann in ihrem Brief, daß sie die Beschimpfung der russischen Arbeiter zurückweisen. Sie sehen wohl, daß das Arbeits tempo vieler russischer Arbeiter noch sehr langsam ist, aber das kommt in der Hauptsache daher, daß sie noch nicht genügend geschult sind. Niemand könne aber leugnen, daß die Sowjets alle Anstrengungen machten, um diese und andere Mängel zu liquidieren. Wörtlich schließt der Brief mit den Worten:

„Diese Dinge veranlassen uns, zu erklären, daß wir alle unsere Kräfte und Erfahrungen einsetzen werden, um der einzigen Gesellschaftsform, die in der Lage ist, Not und Elend zu überwinden, der sozialistischen, zum Siege zu verhelfen. Wir sind überzeugt, daß die russische Arbeiterklasse das begonnene Werk, die Durchführung des Fünfjahresplans in vier Jahren, durchführen wird.“

Es lebe das Land der Arbeiter und Bauern, die Sowjetunion! Für ein Sowjetdeutschland!“

Unterschieden ist der Brief von den Arbeitern: Heinrich Heim, Anton Maier, Emil Groß, Matthias Wingenried, Leo Scheinost, Jakob Scheinost, Christian Maier, Willingen, Jakob Schletter, Willingen, Karl Walz, Karl Friedmann, Kurt Dünand, Johann Franz, Christian Pfaff, Walter Wölseler, Heinrich Kaup, Otto Zündel, Edmund Groppe.

Damit ist der Kronzeuge der SPD, Hermann Siegel, gerichtet. Für dessen schmutzige Handlungsweise gibt es nur die Erklärung, daß er, wieder ins graue Heer der deutschen Arbeitslosen gestochen, sich für reichliches Honorar dazu geminnen ließ, der SPD „seinen Bericht“ zu liefern, wobei bei der Abfassung desselben die SPD-Führer tätige Mithilfe geleistet haben werden. Ein trauriger Kronzeuge!

Das Neujahresprogramm des Kulturfaschismus

Die Lügen über die „Gottlosen-Internationale“ in neuer Aufmachung

Seit Wochen führt die ganze bürgerliche Presse eine verbrecherische Hege gegen den „Kulturfaschismus“. Die Ueber-einstimmung der Lügen in den Zeitungen der verschiedenen Parteien zeigt, daß es sich hier um eine von zentraler Stelle organisierte Kampagne handelt.

Die neueste Methode hat jetzt die Hugenberg'sche Telegraphen-Union herausgefunden. Sie läßt sich aus „Moskau über Kowno“ von einem „Fünftfahrplan der Gottlosen“ berichten. Die „Gormant“ des Herrn Brüning und die deutschnationale „Deutsche Zeitung“ veröffentlichten diese schon nach seiner Quelle als Schwindelbericht erkennbare Meldung auf der ersten Seite ihrer Montagsausgabe. Da wird wieder die Lüge aufgewärmt, daß eine „Internationale der Gottlosen“ den Sitz ihrer Zentrale von Moskau nach Berlin verlegen wolle. Daß es eine „Internationale der Gottlosen“ überhaupt nicht gibt, daß jeder die Berichte über die Konferenz der „Internationale proletarischer Freidenker“ und die dort getroffenen Entscheidungen in der kommunistischen Presse nachlesen konnte, daß es aller Welt bekannt ist, daß diese Internationale bisher ihren Sitz in Wien hatte, — alle diese Tatsachen kümmern die frechen Lügner der kulturfaschistischen Offensive nicht.

Da hat sich in Kowno irgendein von den Pfaffen und den antibolschewistischen Kriegshezern Beauftragter hingelegt und die russische Freidenkerliteratur durchgesehen. Was er dort über antireligiöse Propaganda in der Sowjetunion gefunden hat, vereinigte er mit einigen frechen Erfindungen zu einem „Programm der Internationale der Gottlosen“.

Und worüber regen sich die Pfaffen und antibolschewistischen Kriegshezer auf? Daß zum Austritt aus der Kirche aufgefordert wird, daß freidenkerische Schriften herausgegeben, Versammlungen durchgeführt und Filme gedreht werden sollen.

Nun, wir erinnern daran, daß gerade dieser Tage ein katholischer Geistlicher gefordert hat, daß man lieber Notationsmaschinen aufstellen statt Kirchen bauen solle. Glauben die Herren Pfaffen, sie allein dürften reden, Zeitungen herausgeben und Filme drehen? Die Arbeiterklasse denkt nicht daran, sich von den Pfaffen den Mund verbieten zu lassen.

Bezeichnend für die Nationalsozialisten ist es, daß auch sie sich in dieser Hege gegen das Freidenkertum besonders eifrig betätigen, daß auch der „Angriff“ des Herrn Goebbels in der Dienstagausgabe einen großen Artikel gegen den Kulturfaschismus veröffentlicht.

Diese neue kulturfaschistische Hege zum Neujahr zeigt, wie die Schwarzlatten und ihre Freunde sich ihre „kulturelle Mission“ im neuen Jahr denken: Die Kogerverfolgung des finsternen Mittelalters soll 1931 verschärft neu aufleben. Zurück in die Barbarei! Über die Millionen des Proletariats sind nicht die unwillkürlichen Massen des Mittelalters.

Den Pfaffenkrechten von den Nazis bis zu den Konfessionssozialdemokraten wird das revolutionäre Proletariat von der Bedummungselbstung nur mit um so energiegelichtem Kampf gegen die Faschisten entgegenzutreten.

„Mit Revolver und Schenziemer hauen, ehe uns die Bande vermöbelt!“

(Ein Ausspruch der Untreiber auf Stellwerk-Matibor — Stoppuhr eingeführt)

(Betriebskorrespondenz)

Matibor. Eine neue Welle der Nationalisierung geht durch unseren Betrieb. Nachdem man die alten Affordräge unrechtmäßig beiseite gelassen, sind durch die neuen Affordräge wesentliche Verschlechterungen eingetreten. Der Arbeiter, der im Afford arbeitet, „soll“ 25 Prozent über den eigentlichen Stundenlohn verdienen. In Wirklichkeit kommt er noch nicht mal auf den tariflichen Stundenlohn. Wo bleiben die 25 Prozent Afforderdienst? Die werden durch das raffinierte Ausbeutungssystem dem Profeten geraubt und fliehen dem Unternehmer in die Tasche. Seit einiger Zeit arbeiten die Untreiberknechte mit Stoppuhren. Mit der Uhr in der Hand werden die Kumpels durch die Meister und den Ingenieur kontrolliert und angetrieben. Diese Knechte nehmen keine Rücksicht auf die Gesundheit der Profeten. Der Gewerberat mußte hier eingreifen und stellte fest, daß das Arbeiten in den Räumen infolge der großen Hitze unmöglich sei. Das schert den Unternehmer nicht, und die Profeten müssen weiter unter den alten Bedingungen schuften.

Die staatlichen Gewerbeinspektionen üben eine Kontrolle in den kapitalistischen Treibmühlen aus, aber an eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen denkt der Unternehmer gar nicht. Warum nicht? Weil Forderung Schmäherung des Profitanteils bedeutet.



Mit Revolver und Schenziemer hauen, ehe uns die Bande vermöbelt!

Mit solchen Ausdrücken werden die Kollegen von den Aufsehern zur Arbeit angetrieben. Schlimmer könnte man mit den Kriegsgefangenen auch nicht herumspringen, als im Stellwerk mit den Arbeitern der freiesten deutschen Republik. Die nationalsozialistischen Arbeiter, die sich nach dem „Dritten Reich“ sehnen, sollten doch aus diesen Dingen lernen. Wie mögen sich erst die Untreiber im „Dritten Reich“ bewegen, wenn sie uns jetzt schon wie Sklaven behandeln!

Auch die Arbeiter des Stellwerks sollten sich endlich ihrer Kraft bewußt werden, und sollten den Kampf wie ein Mann, geschlossen gegen die brutalen faschistischen Untreibermethoden führen. Schließt euch der revolutionären Gewerkschaftsopposition an! Lebt den „Fabrikarbeiter“, das Organ der KPD! Proleten, macht Schluß mit den Kapitalisten und ihren Lakaien und kämpft mit uns Kommunisten für ein sozialistisches Deutschland, das euch Freiheit, Brot und Arbeit geben wird!

Am **3. JANUAR**
8³⁰ früh
beginnt unser

J INVENTUR-AUSVERKAUF

Die Preisherabsetzungen an allen erlaubten Abteilungen übertreffen jeden gerechtfertigten Preisabbau und bewegen sich diesmal auf einem in der Nachkriegszeit nicht dagewesenem Niveau.



Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Freitag, 2. 1. bis Montag, 5. 1., 20.15 Uhr
Elfenpe
Sonntag, den 4. 1., 15.30 Uhr
Nil und die Defektive

Thalia-Theater
Freitag, den 2. 1., bis Montag, den 5. 1., 20.15
Roxy
Lustspiel in 3 Akten
Sonntag, 4. 1., 15.30 Uhr
Das tapfere Schneiderlein

LIEBICH

Täglich:
2 Vorstellungen
4.15 und 8.15
Gastspiel
Louise
Werkmeister
Oskar
Sabo
in ihrem Lachs-
schläger:
Die Kündigung
Brüder Mijares
d. mexikanische
Drahtseilwund
und das große
Neujahr-
Programm
Nachmittags
halbe Preise
und
Vollprogramm
Ent 348 48

Billiger Verkauf von Fleisch- und Wurstwaren

Schweinefleisch	Pfd.	0.75 — 0.90 Mt.
Schweinefleisch	"	1.10 — 1.20 Mt.
Schweinefleisch	"	1.40
Rindfleisch m. Kn.	"	1.00 — 1.20
Rindfleisch ohne Kn.	"	0.80 an
Konjaden	"	1.20 u. 1.40 Mt.
Suppenfleisch	"	0.70 — 1.00
Rindfleisch ohne Kn.	"	1.00 — 1.20
Büffelfleisch	"	0.80 an
Rinderfleisch	"	0.80 an
Frischer Erd.	"	0.80 Mt.
Rinderfleisch	"	0.80
Lungenfett	"	0.75
Rein Schweinefett u. Grieben.	"	0.85
Geräucherter Bacon	Pfd.	0.80
Frische Bacon 0.70, gepö. Bacon 0.70 Mt.	"	
Gulasch 0.80 an, Gehacktes 0.80 an	"	
Gepökelte Eisbeine	Pfd.	0.85 Mt.
Frische Schweinehälften	"	0.50
Jerseletw. (weich)	1/4 Pfd.	0.25 — 0.35
Poln. Jerseletwurst	1/4 Pfd.	0.30
Mettwurst	1/4 Pfd.	0.25 — 0.35
Brezelkopf u. Moriabella	1/4 Pfd.	0.25
Braunschweiger	1/4 Pfd.	0.20 — 0.30
Brezelwurst	"	0.15 — 0.20
Leberwurst	"	0.15 — 0.25
Schwamm	1/4 Pfd.	0.35
Kalbshack	Pfd.	0.10 — 0.30
Frühstücksped.	1/4 Pfd.	0.35
Gelochter Schinken	"	0.40
Wachs- u. roter Schinken	1/4	0.45
Raublauchwurst	Pfd.	0.60 — 0.80
Polnische	"	0.80 — 1.00
F. Wurstschnitt	1/4 Pfd.	0.85
Geräuch. u. weiße Stauwurst	P.	0.20 an
Frische Wiener	Paar	0.10 Mt.
Weiße Stauwurst, das Pfaund		1.20 Mt.

Mö u. Stühl
kauf von
chsten bis zu
Genre besic
öllig unverbr
häftig. Fabrik
dort besten
ent. Teilz. ge
Biel
jährig, Bre
öbeln detail, e
Gez. Matthiasstr. 107
Fabrikager: Weinbergsweg 18/20

Wußten Sie schon?
daß Sie in
Geld
sofort — re — diskret
Bo
in jeder H
im beh
Lehn
Neudoristr.
Geöffnet

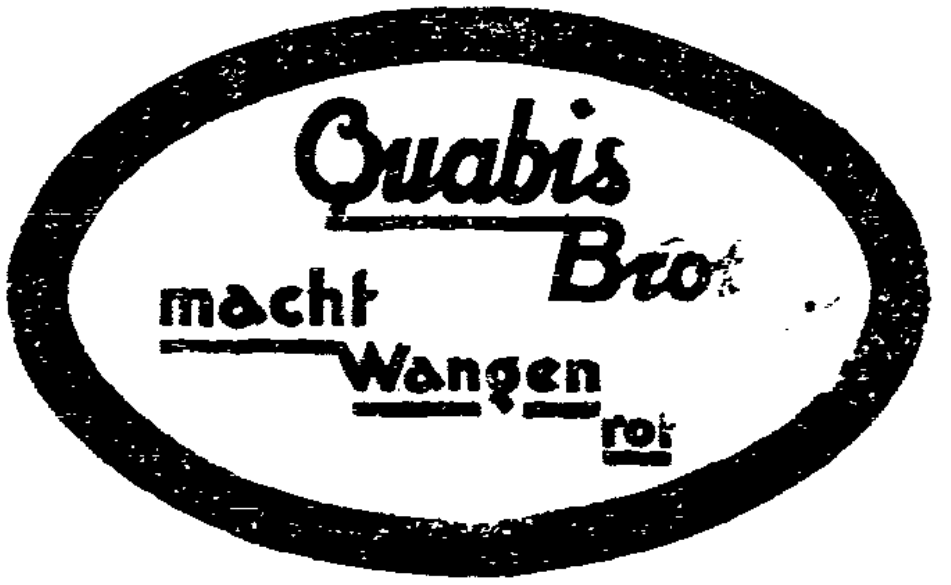
Bettfedern
pa. handgeriss. Gänsefedern, ungeriss
Raufedern, Daunen (alle gereinigt. Sort.)
u. fertige Betten empfiehlt **preiswert**
H. Nowakowski
Strehlen, Breslauer Str. 8, Promenadencke

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Zahlstelle Freiburg
Freitag, 2. 1. 1948
Tagesor
1. Jahresbericht des Bevollmächtigten, des Kassierers und des Jugendleiters
2. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung
3. Neuwahl der Delegierten zum Ortsausschuß
4. Anträge und Verschiedenes
Anträge zur Generalversammlung müssen bis zum 6. Januar in Händen der Ortsverwaltung sein. Es ist Pflicht aller Kolleginnen, Kollegen und Jungmitglieder zu erscheinen. Die Mitgliedsbücher müssen zur Türkontrolle mitgebracht werden.
Die Ortsverwaltung.

Bäckerei u. Konditorei
Max Deichsel
Breslau, Friedrichstraße 6

Bäckerei und Konditorei
Johannes Stoher
Hermannstraße 2

Butter, Eier, Käse, Schmalz
und andere Lebensmittel kaufen auch
Sie am besten nur bei
Berni, Görlitz
Mittelstraße 6, Konuulstraße 38, Breite Straße 23
Leipziger Straße 18 Fernruf 1310



In allen einschlägigen Geschäften zu haben!

Trinkt Dresdner
Waldschlösschen-Bier
In Görlitz und Umgebung
überall erhältlich

Der Treff-Gleich

DER ZIRKUSKÖNIG
DIE DREHSCHNITTE
DER WELT
DIE GENERATION
DES TAGES
Im Circus-Busch
Gebäude tägl. 2
Vorstellungen
Nachm. 4 Uhr u.
abends 8 Uhr
Wochentag-
nachm. halbe
Preise f. Erw. u.
Kind. z. all. Vorst.
halbe Preise

Allen unseren werten Gästen,
Freunden und Bekannten ein
gesundes neues Jahr
Galthaus
Deutsches Haus
Weißstein
Inhaber: Galtwirt Bartlog

Ein frohes
und gesundes neues Jahr
wünschen allen Ihren wert. Familien-
Verwandten, Freund. u. Bekannten
Boul Seiff und Frau
Feischhermeister
Gottesberg, Bahnhofstraße 12

Ein gesundes
frohes neues Jahr
wünschen allen Kunden, Freunden
und Bekannten
Fleisch- und Wurstwarengeschäft
Rich. Hüttig u. Frau
Görlitz, Breite Straße 22

Frohes Neujahr
wünscht
Carl Zischke
Inhaber: Alfred Zischke
Görlitz
Heilige Grabstraße 18

Inferate
haben in unserer
Zeitung
besten
Erfolg